

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
Wochenblatt 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
täglich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Veranlassungs-Artikeln 20 Pf.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Mittwoch, den 1. Oktober 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Redaktion und Expedition unseres Blattes sowie
die Buchhandlung Vorwärts befinden sich jetzt im
Haus

Lindenstraße 69.

Folgende Fernsprecher sind in unseren Geschäftsräumen:
Buchdruckerei Amt IV Nr. 1982,
Redaktion Amt IV „ 1983,
Expedition Amt IV „ 1984.

Schlächter und Agrarier.

Die jetzige Fleischsteuerung hat zwischen Agrariern und Schlächtern
Bittere Fehde entfacht. Während bisher die konservativen Mittel-
stands- und Handwerkerkreise gerade bei den behabigen Schlächter-
meistern auf das größte Verständnis stich und legiere die Agitationen
der Agrarier gegen die Einfuhr fremder Wurst- und Fleischwaren
auf das lebhafteste unterstützten, beschuldigen sich beide jetzt in der
Presse und in Flugblättern gegenseitig der Habgier und der
Irrführung des Publikums durch falsche Darstellung der
Wirtschafts-Verhältnisse. Die Schlächter erklären, daß gutes
Fleisch zu einigermassen den Verkaufspreisen von Fleisch
entsprechenden Preisnotierungen kaum zu erhalten sei, und
die agrarischen Blätter wieder behaupten, daß die Fleischer nicht
die nötigen Preise ansetzen und zuviel verdienen wollen. Etgegen
die Viehpreise, dann wären die Schlächter sofort mit einer Erhöhung
der Fleischpreise bei der Hand, sanken aber die Viehpreise, dann
fielen es ihnen gar nicht ein, auch die Fleischpreise entsprechend
zu ernähren.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Streitfrage liefert die
letzte Nummer der im Verlag des Königl. Statistischen Bureaus in
Berlin erscheinenden „Statist. Korresp.“ Sie bringt nämlich eine Uebersicht
über die Detailpreise für Schweinefleisch in 23 der wichtigsten
Markorte Preussens seit 1892. Daraus ergibt sich, daß im Mittel
dieser 23 Städte der Preis für 1 Kilogramm (2 Pfund) Schweine-
fleisch sich in 1892 auf 1,35 M. stellte, in 1896 auf 1,22 M., in 1901
auf 1,41 M. und im August des laufenden Jahres auf 1,52 M.
Den niedrigsten Preis hatte im vorigen Monat Paderborn mit
1,25 M. pro Kilogramm, den höchsten Wachen mit 1,80 M.; Berlin
hält ungefähr die Mitte mit 1,51 M. pro Kilogramm. Seit 1892
haben sich die Kleinverkaufspreise in Berlin folgendermaßen ver-
ändert:

Table with 4 columns: Jahr, Preis pro 1 kg, Preis pro 100 kg, Preis pro 20 Pfund. Rows for years 1892-1901.

Erwiesen sind diese Preise, wie die Korrespondenz angiebt,
dadurch, daß aus den höchsten und niedrigsten Notierungen für
Mittelware, also feinste und schlechte Ware ausgenommen, die
Durchschnittspreise berechnet wurden, doch sind zur Zeit die Preise
in Berlin eher höher als niedriger; denn, wie jede Hausfrau weiß,
kostet gegenwärtig — die Preise in den großen Schlächtereien der
reicheren Stadtteile sind natürlich vielfach noch höher — Paus-
schweinefleisch 75—80 Pf. pro Pfund, frisch. r. Schweinefleisch (Rente)
80—85 Pf., ungeräucherter Sped. (Waldenfest) 75—80 Pf., Schweine-
kamm 85 Pf., Karbonade 90—1 M.

Vegen wir diese vom Statistischen Bureau für die Jahre 1892
bis 1901 ermittelten Durchschnittspreise zu Grunde und stellen darob die
von der hiesigen Schlächterverwaltung für dieselben Jahre be-
rechneten Marktnotierungen für Schweine zweiter Qualität, also
ebenfalls für gute Mittelware, so ergibt sich für Berlin folgender
Vergleich:

Table with 5 columns: Jahr, Detailpreis pro 1 kg, Zu- bzw. Ab- nahme gegen das Vorjahr, Schlachtmart- notierung pro 100 kg mit 20 Proz. Tara, Zu- bzw. Ab- nahme gegen das Vorjahr. Rows for years 1892-1901.

Die Behauptung der Agrarier, die Fleischpreise hingen mit den
Viehpreisen gar nicht zusammen, sondern erstere würden von den
Schlächtern ganz nach Belieben normiert, erweist sich demnach als
eitel Humbug; auch im Fleischergewerbe schafft die Konkurrenz eine
gewisse Ausgleichung. In einer Hinsicht hat allerdings die agrarische
Presse recht, fallen nach Zeiten hoher Viehpreise die Marktnotierungen
wieder, so folgt keineswegs das Fleischergewerbe mit
seinen Preisen diesem Rückgang; es sucht vielmehr so lange wie
möglich die Preise für seine Artikel auf dem einmal vorhandenen
höheren Stand zu halten und verzicht sich erst allmählich unter dem
Druck der Konkurrenz zu Preisermäßigungen, die aber zunächst
selten dem Fall der Viehpreise völlig entsprechen. So geben z. B.
die Preise für Schweine auf dem Berliner Viehmarkt nach der
Steigerung des Jahres 1892 nach und nach bis zum Jahre 1899
um etwa 21 1/2 Proz. zurück, die Kleinverkaufspreise sinken
aber nur um 13 Proz. Nach 1896 beginnt dann ein

ernentes Ansteigen der Schweinepreise, bis 1898 um un-
gefähr 28 Proz., während die Detailpreise nur 16 1/2 Proz.
steigen; aber als dann im nächstfolgenden Jahr der Viehpreis um 14,8 Proz.
sinkt, gehen die Berliner Fleischer mit ihren Preisen für Schweine-
fleisch nur um 2,9 Proz. zurück. Im ganzen hatten die Schlächter
aus diesem Verhalten einen bedeutenden Vorteil; berechnet man z. B.
den Durchschnittspreis für Schweinefleisch während des ganzen Jahr-
zehnts 1892/1901, so ergibt sich 132,5 M. pro Kilo, d. h. gegenüber
dem Stand von 1892 ein Rückgang von 3,3 Proz.; berechnet man
dagegen den Durchschnittspreis für Schweine zweiter Qualität am
Berliner Markt während des gleichen Jahrzehnts, so ergibt
sich als Mittelpreis 101,6 M. pro 100 Kilogramm Lebendgewicht mit
20 Proz. Tara, d. h. gegen den Stand von 1892 ein Rückgang von
7,8 Proz. Mit andern Worten der Kleinverkaufspreis hat sich im
letzten Jahrzehnt auf einer Höhe gehalten, die nicht nur die Steige-
rungen der Viehpreise völlig ausgleichen, sondern den Schlächtern
noch einen bedeutenden Extraprofit eingebracht hat. Und das gilt
nicht nur von den Berliner Schlächtern sondern noch mehr von
denen einer Reihe anderer Städte. In Kassel z. B. hielten
noch in 1894 die Fleischer ihre Preise für Schweine-
fleisch auf den Stand von 1892, nämlich auf 80 Pf. pro Pfund;
erst 1895 lassen sie eine geringe Ermäßigung eintreten. Als dann
aber 1897 die Schweinepreise erneut anziehen, gehen sie auch sofort
wieder mit den Detailpreisen in die Höhe.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der Behauptung der agrarischen
Blätter, die Schlächtermeister seien die Karnikel, die allein die
jetzige Fleischsteuerung verschuldet hätten, irgend welcher
Wert beizumessen ist. Diese nur auf die Unkenntnis
der Leser beruhende Behauptung ist angesichts der Steigerung
der Schlachtwiehpresse kaum ernst zu nehmen. Die Haupt-
schuld an der Fleischsteuerung trägt sicherlich die Grenz-
herre; aber ebenso sicher ist, daß bisher die Fleischer von der
Steigerung der Viehpreise keinen Schaden gehabt haben; sie haben
freilich verstanden, die Lasten auf die Konsumenten abzuwälzen und
noch nebenbei Extraprofiten herauszuschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September.

Aus der Zollkommission.

In der sechsständigen Zolltarif-Kommissionssitzung am Dienstag
wurde der Zolltarif selbst im Entwurf erledigt und mit
der Beratung des Zolltarif-Gesetzes begonnen. Roh-
eisenzoll, Aluminium, Blei, Zinn, Zinn, Nickel, Kupferwaren-
zoll, die Zollvorschlüge für Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse,
Fahrzeuge, Feuerwaffen, Mähren, Landwurzgen, Kinderspielzeug, also
die Positionen 777 bis 904 des Tarifs wurden in kaum vier Stunden
erledigt. Von dieser Zeit wurde etwa eine Stunde durch eine Ge-
schäftsordnungs-Debatte in Anspruch genommen, die ein interessantes
Licht auf den geringen Grad von Ehrlichkeit der „Be-
schlüsse“ der konservativen Partei warf. Die Geschäfts-
ordnungs-Debatte drehte sich darum, ob über die wichtige Position
Rohisenzoll in eine Specialdebatte eingetreten werden solle. Der
Rohisenzoll von 1 M. ist eine der Hauptgrundlagen des Zolltarifs.
Hält der Rohisenzoll oder würde er, wie der agrarische Flügel
durch Dr. Hahn beantragte, auf 50 Pf. herabgemindert, so preisen
die Großbetriebe der Eisenindustrie und der Verband der Industriellen
auf den Tarif. Meinten es die Konservativen mit ihrer Drohung,
die Industriezölle herabzusetzen, falls die agrarischen Zölle nicht noch
höher geschraubt würden, ernst, so hätten sie alles aufbieten müssen,
in der zweiten Lesung den Zoll zur Specialberatung und
zum Fall oder zur Herabsetzung zu bringen. Das
thaten sie nicht. Bei der Beschlußfassung darüber, ob
in eine zweite Beratung des Eisenzolls eingetreten werden
solle, waren nur 20 Mitglieder auswesend. Der Antrag
fiel mit Stimmengleichheit. Bei der Abstimmung fehlten der kon-
servativen Abgeordnete Graf von Schwerin, das Mitglied der Reform-
partei Windewald und zwei Freistünne. Der Eisenzoll war so ge-
reitet. Die agrarische Mehrheit ansetzte auf. Wären ihre Gründe
für den Zoll nicht so entsetzlich fadenförmig und wären sie sich
nicht dessen selbst bewußt, so hätten sie gegen eine Veratung sich
nicht gestraut.

Bei der Veratung über das Zolltarifgesetz wurde die
Debatte bei § 1 abgebrochen. Im § 1 sind die Minimalzölle für
Getreide entworfen. Die ungeheuerlichen Sätze der Regierungsvor-
lage von 5 M. für den Doppelkornen Roggen, 5,50 M. für
Weizen, 3 M. für Gerste, 5,50 für Hafer, sind von der Mehrheit auf
5,50 M. für Roggen, Gerste und Hafer, und von 5 M. für Weizen
erhöht. Die Agrarier erklärten heute durch den Mund ihrer
Vertreter Hahn und Windewald, daß sie einen Mindestzoll
von 7 Mark 50 Pfennig verlangen; wer behauptet habe, daß sie
mit weniger zufrieden seien, habe die Unwahrheit gesagt. Der
Geschäftsführer der Mehrheit der Kommission, Abg. Dr. Spahn,
beantragte die Vieh- und Fleischzölle durch ungeheuerliche Minimal-
zölle auf etwa 300 bis 600 Proz. höher als die gegenwärtigen zu
normieren. Diese Anträge mochten den Plan eines Rückzugs auf
die Regierungsvorlage recht klump. Nach wie vor ist die Karze
der Mehrheit: wir nehmen die Regierungsvorlage an, wenn wir
nicht mehr kriegen können, und suchen auf dem Rückzug auf die
Regierungsvorlage noch mitgehen zu lassen, was sich erweisen läßt.

Am Donnerstag oder Freitag wird wohl die Durchpfehlung
des Zolltarifs durch die Kommission beendet sein. Mitte Oktober
beginnt der eigentliche Kampf gegen den Wuchertarif im Plenum.

Centrum und Reichsdeficit.

Die „Germania“ bespricht das ungeheure Deficit, das der
nächstjährige Reichsrat aufweisen wird; der „Sachsenpiegel“ be-
ziffert jetzt das Deficit gar auf 180 Millionen Mark. Die
„Germania“ nur wendet sich recht centrumstapfer gegen die Zu-
mutung, das große Deficit noch durch neue Steuern zu stopfen, sie sagt:
„Wir möchten sehr bezweifeln, daß die Mehrheit des Reichs-
tages den Wunsch der Regierung nach neuen Steuern so bald
erfüllen wird. Vor der Bewilligung der beiden letzten Marine-
vorlagen, welche bekanntlich sehr erhebliche Mittel erfordern,
wurden die Regierungsvorlagen nicht mehr, vor dem ganzen Lande
zu betonen, daß die Durchführung der Forderungen für die Ver-
mehrung der Marine bel. den stetig steigenden Reichseinnahmen“
ohne neue Volksbelastung mit Leichtigkeit durchzuführen sei. Jetzt,
da sich die Herren in ihren Verrechnungen und Erwartungen
getäuscht haben, erlöbt der Ruf: „Erhöhung der eignen Einnahmen
des Reiches!“ Das wäre noch das Schönste, wenn gleichzeitig mit
den Zollerhöhungen neue Steuern eingeführt werden könnten!“

Es ist löflich! Der Schlußsatz der „Germania“-Vermerkung
erklärt die Zollerhöhungen schon als eine so
ungeheuerliche Belastung, daß es ausgeschlossen sei, noch
an neue Steuern zu denken. Und doch ist es die Partei der „Ger-
mania“, die nicht nur diese ungeheuerliche Zollbelastung, welche die
Regierungsvorlage fordert, durchzuführen, sondern noch darüber hinaus
die Ausplünderung des Volkes betreiben will!

Es ist natürlich auch durchaus lächerlich, die Steuerfrage damit
abzumachen, daß auf die großen Finanzlücken der Regierung bei
Einbringung der großen Marinevorlage hingewiesen wird. Das
Centrum gerade hat sich durch die Regierung „irre-
führen“ lassen und die Marinevorlage bewilligt, deren ge-
waltiger Kostenaufwand das jetzige Finanzübel verursacht hat.
Das Centrum kann seine volle Mitschuld an dem Finanzjammer des
Reiches nicht von sich ablenken.

Und wie denkt denn eigentlich die „Germania“ das Deficit zu
beseitigen? Hätte ihre Partei schon bei der Marinevorlage fest
darauf bestanden, daß eine Reichsteuer auf die Vermögenden ein-
geführt werde, so würden jetzt die Reichsfinanzen sich in
befriedigender Verfassung befinden! Aber damals hat das Centrum
das steuerzahlende Volk schamlos verraten! Wie wird es den
neuenerrat betreiben, sobald die Regierung ihre „Reichsfinanz-
reform“ vorlegt?

Deutsches Reich.

Der Reichstag wird durch den Präsidenten Grafen v. Vasseffrem
auf den 14. Oktober, mittags 2 Uhr, zusammenberufen. —

„Das Ende der Kultur.“ Schweinburg aus Mähren hat es
entdeckt, warum und wodurch die Kultur zu Grunde geht. Er spricht
von den Steuervorlägen, die zur Abhilfe der Reichsfinanznot
aufgetaucht sind, und sagt:

„Es soll ganz von der socialdemokratischen Be-
steuerungspolitik abgesehen werden, die sich selbst in einem
unerlöschlichen Kräfte des Centralorgans dieser Partei dadurch am
besten geltend gemacht hat, daß danach die Erhebung einer Steuer-
summe von 40 000 M. von einem 100 000 M. Einkommen deshalb
noch als recht geringfügig angesehen werden dürfte, weil ein
Bekleider doch ein Einkommen von 900 M. beziehen kann. Eine
auf dieser Basis aufgebaute Besteuerungspolitik würde naturgemäß
zum Ende aller kulturellen Entwicklung führen.“

Nichts kann die Kultur des Schweinburg und seiner einkommens-
gewaltigen Hintermänner lieblicher kennzeichnen. Der Beginn
der Gerechtigkeit ist das Ende der Kultur! Die Schweinburg-
kultur geht um so höherer Veredelung entgegen, je
weniger Steuern die Reichsten und Ausbeutungsgeliebtesten be-
zahlen. —

Der Oberpräsident v. Götzer ist, wie wir gestern unter Tele-
grammen meldeten, gestorben. Er ist 64 Jahre alt geworden. Neun
Jahre lang, von 1881—1891, war er preussischer Kultusminister.
In dieser Eigenschaft vertrat er sich in der doppelten Rolle, einer-
seits den Kulturkampf zu liquidieren, zweitens — bei aller Will-
fährigkeit gegen die Kirche und die bismarckische Reaktion — dem
Unterrichtswesen einen gewissen Anstandeschein des Liberalismus zu
wahren.

In den heutigen Zeiten gemessen, die mit Ministerportefeuilles, aber
auch mit nichts weiter begabt sind, war Herr v. Götzer eine nicht ganz
unbedeutende Persönlichkeit: vielseitig unterrichtet und interessiert.
Dabei hütete er sich vor allen unbequemen Selbständigkeiten. Er
trieb ebenfalls wohl Kolonialisieren — unter ihm wurde der polnische
Sprachunterricht befestigt — wie er dem System der Lohn- und
Strafprofessuren huldigte; Herrn Schweinburgs, des bismarckischen
Leibarztes, Kommandierung zur Universität wurde von ihm gedeckt.

Götzer gehörte zu den frühesten Opfern des neuen Kurzes.
1890 brachte er jenen liberal angehauchten Volksschul-Entwurf ein,
der dann dem damals zur Regierung kommenden Centrum
geopfert und durch die liberale Jedditsche Vorlage ersetzt wurde.
Es war in jenen Tagen, da er von Wilhelm II. sein Bild mit der
eigenhändigen Unterschrift: „sio volo, sio juho“ — mein Wille ist
mein Befehl! — erhielt. Diese Unterschrift des jungen Kaisers soll den
Minister nicht nur sehr verdroffen haben, es soll auch in seiner
Familie eine sehr kräftige Neuerung über den kaiserlichen Wahl-
spruch gefallen sein, die raschbar wurde und den unmittelbaren Anlaß
zu seiner Entlassung gegeben hat.

Jedenfalls hat ihn die Unterwürigkeit nicht gehindert, das Ober-
präsidium von Westpreußen, mit dem er abgefunden wurde, an-
zunehmen; in dieser Thätigkeit seiner letzten Jahre interessierte er
sich für die Industrialisierung des Ostens.

Vorübergehend war Herr v. Götzer auch konservativer Reichstags-
Abgeordneter und übernahm für kurze Zeit das Präsidium des
Reichstages. —

Gegen die Fleischnot. Die Rautener Stadtverordneten-Versamm-
lung nahm einen Antrag des Magistrats an, der den Branden-
burgischen Städtetag auffordert, bei der Regierung wegen der Fleisch-
not vorstellig zu werden. —

**Der sozialistische Freisinn.** Der Hamburger Parteitag der Freisinnigen Volkspartei nahm zu den „Arbeiterfragen“ folgende Resolution an:

Der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei erklärt sich nach wie vor entschieden gegen jedes Ausnahmeverfahren auch in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Die Partei tritt ein für die Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, für Aufrechterhaltung der Preisfreiheit unter Herabsetzung der Personen-Tarife auf den Eisenbahnen. Die Partei erstrebt unter Beseitigung veralteter Gesinde-Ordnungen zeitgemäße Rechtsverhältnisse für die in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen. Sie erkennt in den Arbeitnehmer-Verbänden eine ebenso berechtigte Interessenvertretung wie in den Arbeitgeber-Verbänden und erblickt in den durch freigewählte Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wesentliches Mittel zur Förderung des sozialen Fortschritts; sie verlangt gesetzliche Anerkennung aller Berufsvereine. Die Partei tritt ein für den Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, insbesondere zur Abwehr gesundheits-schädlicher Anforderungen an die Arbeitskraft von weiblichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern. Sie unterstützt die Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Meisteranstalten. Die Partei wird bei der demnächstigen Reform der Krankenversicherungs-Gesetzgebung nicht nur eintreten gegen jede Schwächung in der Stellung der freien Klassen, der Arbeitnehmer, sondern auch bemüht sein, die Ausdehnung dieser und anderer auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung der Arbeitnehmer beruhenden Vereinigungen auf Witwen- und Waisenversorgung, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und dergl. zu erleichtern. Die Partei bekämpft jede weitere Belastung notwendiger Lebensmittel und anderer Gegenstände des Massenbedarfs durch Steuern und Zölle. Sie erstrebt nach wie vor die dauernde Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit durch Gesetz. Sie verlangt nicht bloß Aufrechterhaltung des Reichswahlrechts und Ausdehnung desselben auf die Landtagswähler, sondern auch Sicherung der Wahlfreiheit bei der Abgabe von Stimmzetteln; sie befürwortet bei allen Wahlen geheime Abstimmung und Vollziehung der Wahl am Sonntag. Das Vereins- und Versammlungsrecht ist durch Reichsgesetz in freierwilliger Weise zu gestalten, insbesondere auch in Bezug auf die Teilnahme von Frauen an Vereinen und Versammlungen.

Diese blasse und unverbindliche Resolution erkennt zwar formell die Rechte der Arbeiter auf Koalition an; wenn sie aber von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen, dann scheint das Eugen Richter vergiftend und verhehrend.

Bemerkenswert ist, daß auch in dieser Resolution sorgfältig die Ausdehnung des Reichswahlrechts auf die Kommunen verniedert wird, und daß ferner jeder Gedanke an einen Normalarbeitstag abgelehnt wird.

**Ein begnadigter Duellmörder.** Es wird uns aus Jena berichtet: Der Lieutenant Thiemer vom Jenaer 3. Bataillon des 94. Infanterieregiments, der nach einem durchaus standesgemäßen Rencontre in der Schwelmerstraße am 1. Januar dieses Jahres den Studenten Held in einem Pistolenduell erschoss und deshalb vom Kriegsgericht wegen Zweikampfs mit tödlichem Ausgang zu der Strafe von ganzen zwei Jahren und zwei Monaten Festung verurteilt worden war, soll nach einem immer bestimmter auftretenden und von seiner Seite bisher bestrittenen Gerücht bereits am letzten Sebnastfest begnadigt worden sein. Thiemer hat, wie das „Jenaer Volksblatt“ mitteilt, bereits das letzte Mandat mitgemacht und ist wieder im Dienst, aber nicht in Jena, sondern in Weimar. Herr Thiemer hätte danach also glücklicherweise etwa den vierten Teil seiner „Strafe“ zu verbüßen gehabt!

**Ein Schlamm-Student.** Aus Halle wird uns berichtet: An einer Kette vom Schlamm weggezogen werden mußte in der Nacht vom 29. zum 30. Juni der 23-jährige Student der Theologie Emil Schmidt. Schlamm heißt in Halle die Strafe, wo die Dürren wohnen, und der junge Theologe war in der Nacht von 12 bis 1 Uhr dort hingegangen, selbstverständlich nur um Studien über die Verderbtheit der Menschen zu machen. Als er in der Strafe immer auf und ab lief und in die Stuben der Prostituierten neugierig hineinschaute, kam der Polizist Weder und forderte ihn wiederholt, erst höflich und dann energisch, auf den Schlamm zu verlassen, da die Beamten den längeren Aufenthalt der Passanten dort nicht dulden dürften. Der junge Theologe war aber wie dort hingebannt und wich nicht vom Schlamm. Als der Polizist ihn mit Gewalt wegbringen wollte, wurde er von dem angeheiterten Studenten angepöbel, gegen die Brust gestoßen und an die Wand gedrückt. Der Beamte hatte am andern Tage noch rote Flecke an den Armen. Mit Hilfe anderer Personen wurde der widerpenstige Student schließlich von dem Beamten an eine Kette genommen und dann von dem Schlamm weggezogen. Er wurde deshalb vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

## Husland.

### Italien.

**Drohende Massenarbeitslosigkeit.** Der Sommer ist kaum zu Ende und schon droht, besonders den Landarbeitern, eine Krise, wie sie selbst in Italien selten vorgekommen. Dem Ernst der Lage entsprechend, ist die parlamentarische Gruppe der Sozialisten zusammengetreten und hat einstimmig beschlossen, die sofortige Entbannung des Parlaments zu fordern, damit dieses Maßnahmen trifft, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht dem Hunger preisgegeben und zu Revolten getrieben wird, wie sie in den letzten Jahren erst vorgekommen und mit dem Niederschlagen der Arbeitsfordernden endigten. Da die Landarbeiten erst im März-April ihren Anfang nehmen, so wird die sozialistische Gruppe vorschlagen, daß öffentliche Arbeiten sofort in Angriff genommen werden. Besonders sollen die Stämpfe trocken gelegt werden, an denen Italien so reich ist, und die so gewonnenen Landströcke urbar gemacht werden. Die Regulierung der Flüsse, welche vielfach dringendes Bedürfnis ist, Wasserleitung und Straßenbauten würden den Arbeitslosen reichliche Arbeit bringen und das gesamte Land auf eine höhere Kulturstufe erheben.

Auch die Rentabilität dieser Arbeiten sieht außer Zweifel, wenn in Betracht gezogen wird, wie viel allein alljährlich durch Heberfäbrungen an Nationalvermögen zu Grunde geht. Diese Ideen bringen auch in die leitenden Kreise, besonders der Landstriche, die unter langer Arbeitslosigkeit leiden. So hat der Bürgermeister von Molinella, welchem die Regierung im vergangenen Jahre 18 000 Lire zu öffentlichen Arbeiten zur Verfügung gestellt hatte, diese Maßregel für 9000 Arbeitslose für völlig ungenügend erklärt.

### Schweden.

**Vier Socialdemokraten im Reichstag.** Bei den Wahlen in Stockholm, die am Freitag stattfanden, siegen in allen fünf Kreisen die offiziellen Listen mit der Ausnahme, daß an Stelle Wilmbergs, des einen der beiden socialdemokratischen Kandidaten, der Kapitän Wallenberg, ein Mann von unbestimmter Parteirichtung wiedergewählt wurde, was von jedem aufrichtig Liberalen lebhaft bedauert wird, aber lediglich durch die Haltung der liberalen Wähler bewirkt worden ist. Blomberg erhielt 1126 Stimmen, sein Gegenkandidat 1205. Gjalmar Branting wurde im fünften Kreise mit 1560 gegen 654 Stimmen wiedergewählt. Die Parteistellung der Vertretung Stockholms bleibt unverändert; von den 22 Gewählten sind 18 Liberale, einer ist Socialdemokrat und 3 sind Wilde.

Am 27. September fanden die Wahlen in Hrad und Kalmö statt. In Hrad siegte der socialdemokratische Kandidat H. V. Thorsson, Bernalter des von den Arbeiterorganisationen gegründeten Volkspartes, mit 497 Stimmen gegen 449, die auf den früheren konservativen Vertreter des Kreises fielen. In Kalmö wurden drei Liberale und der Socialdemokrat R. Persson, Vorsitzender des Maurerverbandes, gewählt. Persson erhielt 2581 Stimmen gegen 2207 seines konservativen Gegners.

Hiermit sind die Wahlen zur zweiten Kammer im wesentlichen beendet. Socialdemokraten wurden vier gewählt, wogegen dem vorigen Reichstage nur einer angehörte. Die liberale Sammlungspartei hat 97 Mandate erhalten. Dazu gerechnet 16 Liberale oder radikale Wilde und die vier Socialdemokraten, zählt die zweite Kammer jetzt 117 Abgeordnete, die ihrer Parteistellung nach als Fremde einer gründlichen Wahlrechtsreform gelten können. Ihnen stehen 118 Abgeordnete gegenüber, die größtenteils der konservativen Landmannspartei angehören und jedenfalls nicht als entschiedene Freunde der Wahlrechtsreform anzusehen sind.

Doch bei dem jetzt geltenden sehr eingeschränkten Wahlrecht und trotz des Umstandes, daß die Partei in den meisten Wahlkreisen aus tatsächlichen Gründen auf eigene Kandidaten verzichtete, vier Socialdemokraten gewählt wurden, ist ein Zeichen für die großen Fortschritte der Socialdemokratie im Schweden.

## England.

**Englische Mißstimmung über den kaiserlichen Empfang der Boerengenerale.** Die „Times“ schreiben mit Bezug auf die Meldung, die Boerengenerale beabsichtigen, bei Kaiser Wilhelm eine Audienz nachzusuchen, weder der Kaiser, noch die Boerengenerale konnten die Wirkung übersehen, welche eine solche Handlung natürlich und unvermeidlich auf die öffentliche Meinung in Großbritannien haben und welchen Eindruck sie in Südafrika machen müsse. Kaiser Wilhelm habe lässlich durch viele Zeichen erkennen lassen, daß er den gerechten Wünschen, der in Großbritannien durch das England feindselige Verhalten der deutschen Presse hervorgerufen sei, zu beschleunigen wünsche. Es sei kaum glaublich, daß er an einen Schritt denke, der im ganzen britischen Reiche tiefen Unwillen erregen und die bitteren Gefühle noch verschärfen und forterhalten müsse, die er zu mildern bestrebt sei. Die „Times“ sagen, für den Fall, daß die Boerengenerale eine solche Audienz erhalten würden: „Wir würden gezwungen sein, unsere Ansichten über die persönliche Freundschaft des Kaisers zu uns sowie unser Urteil über die Loyalität und Ehrlichkeit der Boerengenerale einer Revision zu unterziehen.“

## Afrika.

**Socialer Abend in Südafrika.** Die Vereinigten Gewerkschaften (Trades Labour Council) der Kap-Kolonie haben eine Mitteilung an die Gewerkschaften der großen englischen Städte erlassen, worin sie die Heberfäbrung Südafrikas mit Arbeitskräften schildern, auf die große Anzahl Arbeitsloser in Südafrika hinweisen und sagen, daß viele aus Großbritannien Eingewanderte aus verhältnismäßig günstiger Lage in völlige Armut geraten und gezwungen seien, der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last zu fallen. In der Mitteilung heißt es weiter, daß die entlassenen Kriegesfreiwilligen in erster Reihe Anspruch auf Beschäftigung haben und alle Berufe mit ihrem Angebot überfluteten. Die Ansicht in Südafrika, bald Stellung zu erhalten, sei sehr fragwürdig.

## 108. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Dienstag, 30. September.

Zur Specialdiskussion werden verschiedene Positionen des 17. Abschnittes zusammengefaßt.

Den Antrag Stadthagens, 777, Roheisen, zur Specialdiskussion zu stellen, wird trotz der Befürwortung Hahns, der die Wangenheimischen Anträge aufnimmt, abgelehnt mit 10 gegen 10 Stimmen; es fehlen zwei Freisinnige, der Antimist und andre.

Hahn betont die Notwendigkeit, eine Specialdiskussion über die Hauptpositionen zu pflegen, denn davon hänge die Stellungnahme zu den landwirtschaftlichen Zöllen ab, wie die Eisen- und andre Industriezölle sich gestalten.

Speck und Stadthagen unterstützen diese Ausführungen. Stadthagen hebt hervor, daß die Majorität anscheinend die Specialdiskussion nur für Positionen zulassen wolle, wo sie Hinausdrängung der Zölle beabsichtige. In die Geschäftsordnungsdebatte darüber treten noch mehrere Redner ein, die sich gegen die Mandatmadung durch die Mehrheit lehnen, die von dem Centrum, den Nationalliberalen und den Freisinnigen gebildet wird. Hahn betont nochmals, daß es sich um den springenden Punkt des Zolltarifs handle, während Stadthagen die Bedeutung der Eisenzölle für die Landwirtschaft ins Treffen führt und Herold gegenüber, der von der Specialdiskussion eine Verzögerung der Beratung fürchtet, solche Begründung für unberechtigt erklärt.

Trodem bezieht die Mehrheit, nicht in die Specialdiskussion über die Positionen 792/93 einzutreten.

Es wird konstatiert, daß das Centrumsmittglied Schäfer zweimal gestimmt hat, der dies damit erklärt, daß er zuerst irrtümlich gestimmt habe.

Auch über die Zulassung der Position 706, Eisenbahnschienen, zur Specialdiskussion entspringt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte.

Der Präsident des Reichstages tritt inzwischen in die Kommission und wird lebhaft begrüßt.

Stadthagen fragt die Mehrheit, wenn ihre Gründe für die Beschlässe gute seien, warum sie solche Furcht vor der Specialdiskussion behande? Die Mehrheit erster Lesung sei eine kleine gewesen, und verschiedene Redner, so auch Abg. Speck, seien nicht zum Wort gekommen.

Die Specialdiskussion wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen (von denen zwei fehlen), ferner der Abgeordneten Hahn, Graf Ranig, Windewald, Heim und Speck abgelehnt.

Stadthagen beantragt Specialdiskussion für die Positionen 808 bis 810, Spaten, Schaufeln, Heu-, Dünger- usw. Gabeln, Sensen, Sichel usw.

Hahn erweitert den Antrag auf 800-814. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Specialdiskussion wird demnach nur zugelassen über die Positionen 782/83, Nichtschmelzbarer Guß, und 798/99, Schmiedbarer Guß.

Letocha beantragt eine Herabminderung der Rollzölle 1. Lesung, die Geheimrat Bernuth als sehr belästigend für die industriellen Konjunktur der Eisenswaren-Industrie bezeichnet.

Stadthagen: Die Liebe der Kommissionsmehrheit zu ihren Beschläffen erster Lesung ist so groß, daß sie nun auch die Folgen ihrer unklaren, belästigenden Beschläffe tragen mag, die das Plenum am besten von ihrer Unmöglichkeit überzeugen werden.

Die Anträge Letocha zu den Positionen werden angenommen.

Zu den Positionen 788-788, Blech, beantragt Herold, die Regierungsvorlage wieder heranzustellen. Demmer beantragt dazu eine Anmerkung, die eine Erhöhung bezweckt, v. Wangenheim beantragt eine Herabsetzung der Sätze 1. Lesung.

Demmer tritt für die höhere Verzollung ein.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Geheimrat Lusendly empfiehlt den Antrag Herold.

Stadthagen: Es handle sich um einen Widerstreit zwischen den Produzenten des Bleches und Fabrikanten, die dieses Blech weiter verarbeiten. In der ganzen Debatte sei kein Grund angeführt, warum Blech überhaupt mit Zoll belegt werden soll, da doch eine ganze Reihe Exportindustrien, die dieses Produkt benötigen, belästigt würden, Klempner sowohl wie Karton- und Geschirrfabriken. Die Zölle auf deren Waren könnten nicht erhöht werden, weil man sonst den Export unterbinde. Grundsätzlich dürften solche Rohstoffe nicht belastet werden; der Zoll fördere außerdem die Kartelle. Halbe Arbeit sei gefährlich, man möge Zollfreiheit beschließen und das Handwerk der Schlosser, Klempner, Uhrschloßfabrikanten, eines beachtenswerten Teils des Mittelstandes, nicht schädigen. Habe die konservative Presse und Fraktion auch erklärt, die konservative Partei werde eine Herabsetzung von Industriezöllen befürworten und vornehmen, so sei das in der zweiten Lesung nur in geringstem Maße unternommen worden, der Mittelstand würde also auch insofern vernachlässigt.

Speck tritt für den Antrag Herold ein. Die socialdemokratischen Anträge werden gegen 4, die Wangenheimischen gegen 9 Stimmen abgelehnt, ebenso der Demmerische Antrag, und dann der Heroldische Antrag angenommen.

Zu 790 wird die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Dann wird eine Generaldebatte über Hnedie Metalle nochmals eröffnet.

**Mollenhuth** bespricht eine Petition, die höhere Zölle auf Blei fordert. Redner giebt eine zahlenmäßige Darstellung über den Bleibergbau, die nachweist, daß trotz einer Abnahme der Arbeiterzahl die Produktion und der Wert der gewonnenen Produkte stark gestiegen seien. Das reedfertige leinestwegs einen Zoll. Denn die Produktionskosten hätten sich verringert, der Profit erhöht. Da freilich die elektrische Industrie plötzlich weniger Blei verbräuche infolge der starken Steile, sei allerdings ein Preissturz des Bleies erfolgt, aber deshalb sei doch kein Zoll zu bewilligen. Denn das Quantum des gewonnenen von einem einzelnen Arbeiter stieg von 92,5 Tonnen 1891 auf 40,5 Tonnen 1900, also um 14 Tonnen = 43 Proz.; der Wert von 8057 M., auf 15 983 M., also um 7926 = 88,37 Proz. Das Verlangen eines höheren Zolles sei daher unerbört.

Eine Specialdiskussion wird abgelehnt, damit ist der Abschnitt erledigt.

Darauf wird eine Generaldebatte über den 18. Abschnitt Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge eröffnet.

Antrieb hebt die Steigerung des Exports hervor, der den Import weit übertrage, an Stückzahl, Gewicht und Wert. Der Import habe sich zu einer Zeit gehoben, als der Inlandsbedarf von der heimischen Industrie nicht gedeckt werden konnte, aber er beeinträchtigte unsere Maschinenindustrie durchaus nicht; Zölle seien also nicht gerechtfertigt. Es haben die Kartelle das ihrige getan, das Ansehen der deutschen Maschinenindustrie zu schädigen; ihre Manipulationen auf Verarbeitung geringeren Materials, als im Auslande verarbeitet wurde, hinaus; die ausländische Konkurrenz wurde dadurch gestärkt. Dann haben die Kohlen- und Coalsubsidiate zur Schädigung unserer Industrie beigetragen, denn sie verlaufen billiger an das Ausland als an Inländer und belasteten so die inländische Produktion, die höhere Kosten für Heizungs- u. Materialien hatte. Insofern hat trotz allem die deutsche Arbeit große, neue Absatzgebiete errungen, ein Postgrad liegt nicht vor. Man möge ihr die Produktionskosten verbilligen durch Herabsetzung der Zölle auf Roheisen u., dann werde man ihr Gedeihen fördern.

Hahn wendet gegen die Zölle auf Maschinen für Mäherinnen und die Textilindustrie ein, er begreife nicht, daß, wenn die Kommission zu einer teilweisen Ermäßigung die Zölle auf Maschinen gekommen sei, warum sie nicht gleich verfahren sei bei Maschinen, die der Landwirtschaft dienen. Es liege auch keine Ursache vor, der elektrotechnischen Industrie mit hohen Zöllen zu Hilfe zu kommen, denn es sei ins Blaue hineingewirtschaftet worden, so daß eine Katastrophe eintreten müßte. Deshalb empfehle er die Wangenheimischen Anträge, für die er in der Specialdiskussion eintreten werde. Es sei richtig, was Antrieb hinsichtlich der Rohstoffe gesagt habe. Im Plenum werde er mit seinen Freunden auf eine Ermäßigung der Rohstoffe und Halbzölle hinwirken.

Demmer polemisiert gegen Antrieb. Unter Werkzeugmaschinen verstehe man nicht solche, auf denen Werkzeuge hergestellt würden. Die deutsche Werkzeugmaschinen-Fabrikation sei auf einen Schutz der nationalen Arbeit angewiesen. Ferner wendet sich Demmer gegen Hahn bezüglich der landwirtschaftlichen Maschinen, deren Qualität durch einen Erziehungszoll erhöht werden könne.

Lebesour: Man könne es nur begründen, wenn sich die Vertreter des Bundes der Landwirte zu der Ansicht Dahns durchließen, daß Rohstoffe nicht verteuert werden dürften. Aber der Grundjah werde sich wohl nicht allgemein durchziehen. Demmer erwidere er, daß die deutsche Maschinenindustrie bei ihrer bekannnten, hochentwickelten Leistungsfähigkeit eines Erziehungszolles nicht bedürfe. Auch dürfe man durch Zölle auf Näh- u. Maschinen die Konfektionsindustrie nicht belasten.

Bromel: Es sei nicht leicht, über die Gesamtheit der in diesem Abschnitt aufgestellten Zölle ein Gesamturteil zu fällen. Hahn habe sich wieder heretzt, höhere Zölle der Industrie zu bewilligen, wenn der Landwirtschaft solche bewilligt würden. Ein solches Verfahren erschwere die Möglichkeit des Abschlusses von Handelsverträgen noch mehr. Werde sozusagen aus Manne diese Manipulation betrieben, dann würde er sich dagegen lehnen, wenn er auch sonst die Anträge auf Herabsetzung unterstütze. Die Großindustrie habe ein großes Interesse am Zustandekommen von Handelsverträgen.

Speck ist für raschen Abschluß der Maschinenzoll-Frage in der Kommission, man sollte sich das weitere auf die Verhandlungen im Plenum sparen. Wichtig sei, daß verschiedene Zölle auf Maschinen in keinem Verhältnis zur Sachlage stünden. Von einer Specialdiskussion könne hier um so eher abgesehen werden, als er bezweifle, daß man im Plenum so weit in der Beratung des Tarifes kommen werde. (Stadthagen: Sehr richtig!) Redner bespricht die Handelsbeziehungen zu Desterreich.

Ein Antrag Spahn auf Schluß der Generaldebatte wird mit Stimmgleichheit abgelehnt.

Antrieb berichtet die Weimerischen Mißverständnisse und bedauert dann, daß der Zoll auf Fahrräder in der ersten Lesung erhöht worden sei, denn das hemme die endlich eingetretene bessere Entwicklung der deutschen Fahrradindustrie, die thatsächlich durch die amerikanische Konkurrenz veranlaßt worden sei.

Auf Antrag Pauli wird die Generaldebatte geschlossen.

Von Spahn beantragte redaktionelle Änderungen werden angenommen.

Eine Specialdiskussion wird abgelehnt, damit ist der 18. Abschnitt angenommen.

Dann wird eine Generaldebatte über den 19. Abschnitt: Feuerwaffen, Hüren, Tonwerkzeuge, Kinderpielzeuge eröffnet.

Stadthagen: Dieser letzte Abschnitt bede insofern die Karten der Mehrheit auf, als sie die Vorlage völlig unverändert annahm, obwohl sie eine Reihe von starken Jollerhöhungen enthielt, die Schwaden den verschiedensten Industrien, ja selbst dem Staat bringen. Das wird am besten in der Specialdiskussion nachzuweisen sein. Erfreulich sei es, daß die Darlegungen der Befürworter der Zollfreiheit, sogar Herren von Wangenheim veranlaßt haben, jetzt für diesen Abschnitt Jollerhöhungen zu beantragen. Auch das beweise die Gemeingefährlichkeit der künstlichen Warenverteuerung durch Zölle. Die Macht der Gewohnheit habe in der Kommissionsberatung sich so eingefressen, daß Zölle ohne Gründe gewohnheitsmäßig beschloffen werden. Redner wünscht, daß diese Gewohnheit sich nach der entgegengesetzten Richtung künftig bewähre.

Hahn kommt abermals auf seine Absicht zurück, Industriezölle herabzusetzen, sofern nicht eine Parität zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Zöllen herbeigeführt werde.

Die Specialdiskussion wird abgelehnt, und damit ist dieser letzte Abschnitt abgeschlossen.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Dann beginnt die Beratung des

## Zolltarif-Gesetzes.

Es liegen dazu Anträge der Socialdemokraten und des Abgeordneten Hahn vor.

Zu § 1 wird die Diskussion eröffnet.

Mollenhuth: Es handelt sich hier zunächst um die Frage, ob man mit dem Doppeltarif, wie er in § 1 zu 4 Positionen (Getreide) aufgestellt worden ist, zu einem günstigen Abschluß von Verträgen mit dem Auslande kommen kann und ob nicht das Verlangen stärker auftritt, ob man nicht auch für andre Positionen Doppeltarifung einführen solle, wie es ja bereits für Viehzölle verlangt wurde. Da wir den Doppeltarif für gefährlich halten, beantragen wir die Streichung des zweiten Absatzes, die Doppeltarifung des Getreides. Es sei bezeichnend, daß selbst dieser Doppeltarif der Regierung von den Agrariern für ungenügend erachtet werde und zwar darum, weil die Sätze zu niedrig seien, ja es gäbe Leute, die um eine Jollerhöhung von 50 Pf. pro Doppelcentner Throne zum Stragen bringen wollen, falls die 50 Pf.

nicht gewährt würden. Redner geht dann auf zolltarifliche Schwierigkeiten ein, die auf Grund des dritten Absatzes entstehen würden. Die Vergünstigungen, die im dritten Absatz den Kolonien eingeräumt werden, müßten gesetzlich, nicht erst auf Beschluß des Bundesrates festgesetzt werden können.

Müller-Sagan beantragt zu Absatz 2, die Zollsätze auf Getreide nach dem bestehenden Tarif zu normieren.

Graf Schwerin verbreitet sich über die Mindestzölle und acceptiert dankbar die regierungsseitige Interpretation der Wirkung der Mindestzölle, aber die hier festgesetzten hätten nicht die Bedeutung, die sie für einen Doppeltarif haben müßten. Die Bindung der Zölle führe eine handelspolitische Gefahr mit sich herbei, wie von Gegnern der Bindung behauptet werde. Redner weist auf handelspolitische Abschlüsse mit der Schweiz hin. Die einzige Gefahr, die eintreten könnte, wäre die, wenn Verträge auf Grund dieses Tarifs nicht zu Stande kämen und der Reichstagler davon dem Reichstag Mitteilung machen müßte. Die Regierung möge darum ihre Ansicht von einer solchen Gefahr einer Revision unterziehen.

Spahn beantragt Mindestzölle auf die Positionen 99, 100, 102, 103, 104, 105, 106, 107 einzustellen, und zwar:

Pferde im Wert bis 1000 M. das Stück	72 M.	
2000	144	
2500	288	
Mindvieh		
Schafe	für den Doppelcentner Lebendgewicht	14,40
Schweine		
Fleisch, ausschließlich Schweinefleisch, frisch, auch gefroren	86	
einfach zubereitet	48	
zum feineren Tafelgenuss zubereitet	96	

Hahn beantragt als Mindestsätze für Getreide 7,50 M.

Graf Posadowski: Der letzte Antrag bestätige seine früheren Ausführungen über die agrarischen Anträge. Ueber handelspolitische Gefahren lasse sich wenig sagen. Doppeltarife mit Mindestsätzen dürften der Regierung die Freiheit der handelspolitischen Aktion nicht einschränken. Wäre die Regierung genötigt, auf Grund des alten Tarifs mit dem Ausland zu verhandeln, könnten leichter Verhandlungen entstehen, als auf Grund des vorliegenden Tarifs. Andere Staaten verfolgen ja doch die Verhandlungen über diese Vorlage, sie werden ja ihre Schlüsse daraus ziehen.

Hahn tritt für die von ihm beantragten Sätze ein. Die Capritivische Handelspolitik würde auf die Dauer nicht fortzuhalten sein. Redner beipflichtet die Sammlungspolitik, die einst im preussischen Abgeordnetenhaus als das größte Heil empfohlen wurde. Waffen für handelspolitische Verhandlungen liefern den Tarif in äußerster unvollständiger Weise. Redner vermutet, daß die Regierung sich dem Ausland gegenüber auf die Sätze der Vorlage festgelegt habe und wünscht, diese ausgesprochenen Ansätze möge ebenfalls sekret gehalten werden. (Heiterkeit.) Es dürfe nichts geschehen, das zeige, als ob man einem wirtschaftlichen Kampfe mit dem Auslande ausweichen wolle.

Graf Posadowski: Wenn Hahn Kenntnis davon haben würde, was die Regierung weiß, dann würde er erkennen, daß es bei Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen nicht nur auf Energie, sondern daß es auf ein großes Maß von Geheißlichkeit, Einsicht und Nüchternheit ankomme, um einen günstigen Abschluß zu erzielen. Auch der vom Grafen Schwerin vorgeschlagene Weg sei nicht gangbar, darauf würden auswärtige Regierungen nicht eingehen.

Stadthagen: Der einzige Ausweg aus den angezeichneten Verwicklungen biete der sozialdemokratische Antrag, den Absatz 2 zu streichen. Er sei der Ueberzeugung, der nächste Reichstag würde einen solchen Absatz resp. Doppeltarif nicht annehmen, wenn auch die Regierung eine Verständigung unter allen Umständen mit dem Reichstage zu dem Zweck der Annahme versuchen würde. Auf die Höhe der Sätze komme es bei dem Grundsatze, Doppeltarife einzuführen, nicht an. Aber die Sätze, die im 2. Absatz der Vorlage enthalten seien, bedeuteten eine ungeheure Verteuerung des Brotes, durch die die arbeitenden Klassen ausgezehrt würden. Würden sie verwirklicht, müßten sie zu einem Sturm in der Bevölkerung führen, wie er sich als Parteimann ihn nur wünschen könnte. Redner empfiehlt die sozialdemokratischen Anträge zur Annahme. Man solle sich doch über den Gang der Beratung in der Kommission nicht täuschen. Die Beschlüsse, die hier auf Grund der Kompromißmacherei zu Stande kämen, würden schließlich dem Pleben imponieren. Heute sei die Lage noch eine andre, als bei ähnlichen Beratungen vor circa einem Jahrzehnt. Die hier gegen jede Verteuerung der Lebensmittel sind, haben die Übergroße Mehrzahl der Wähler hinter sich. Jetzt handle es sich für die Sozialparteien darum, eine Verständigung zu finden, aber man dürfe nicht glauben, daß sich solche wichtige Angelegenheiten so leicht wie ein Kuhhandel machen lassen. Das werde sich zeigen. Die Schwierigkeiten, Handelsverträge abzuschließen, seien ebenfalls nicht gering. Der Antrag Spahn lasse ziemlich deutlich erkennen, um wie viel Fleisch und Brot verteuert werden sollen. Das werde das Volk schnell begreifen.

Bindewald will die prinzipielle Stellung seiner Partei (antisemitisch) präzisieren. Sie wolle nicht, daß Handelsverträge zu Stande kommen auf Grund eines veralteten Tarifs, wie es der bestehende sei. Der Landwirtschaft müsse man mehr entgegenkommen, darum stimme er für den Antrag Hahn.

Graf Kanitz: Es ist kein Geheimnis mehr, daß der Wirtschaftliche Ausschuss einen Doppeltarif ausgearbeitet hat, der uns nicht vorgelegt worden ist. In diesem Ausschuss saßen auch die Vertreter der Industrie. Man glaubt, mit offenen Karten könne man nichts erreichen. Frankreich habe auch einen Doppeltarif und mit offenen Karten gespielt und hat doch keine schlechten Geschäfte gemacht. Es ist ein reiches Land und immer reicher geworden, vielleicht auch infolge seiner Handelspolitik. Dort hält man die dortigen Getreidezölle ebenfalls für zu niedrig. Redner bespricht dann die Industriezölle. Kämen kein Tarif und keine Handelsverträge zu Stande, würde eine traurige Periode über das deutsche Volk hereinbrechen. Je mehr wir Gewicht auf Handelsverträge bei unseren Beratungen legen, um so größere Forderungen wird das Ausland stellen. Redner ersucht um Annahme der Spahn'schen Anträge.

Darauf wird die Sitzung um 6 Uhr vertagt.  
Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

## Der Koniger Mord vor dem Berliner Gericht.

Vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I begann heute die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Dr. phil. Paul Bötticher und den Verleger derselben Zeitung, Herrn Wilhelm Bruhn, wegen Verleumdung.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Opiß, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kanizow, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Hahn-Charlottenburg und Simon-Berlin. Als Nebenkläger sind zugelassen aber nicht auftretend: der Schlächtermeister L. Lewy, dessen Sohn, der jetzige Strafgefangene Moritz Lewy, der Kaufmann Max Gromann, welche durch Rechtsanwalt Sonnenfeld vertreten werden. Ferner ist als Nebenkläger auftretend der Kaufmann G. Caspari, der durch Justizrat Dr. von Gordon vertreten wird.

Als Zeugen sind anwesend: Erster Staatsanwalt Settegast, zur Zeit in Limburg, Oberstaatsanwalt A. D. Wulff, Landrichter Dr. Zimmermann-Königs, Amtsrichter Pankau-Königs, Bürgermeister Deditius-Königs, Erster Staatsanwalt Schweigger-Königs, früherer Polizeikommissar Bloch in Gnesen, die Kriminalinspektoren Braun und Klatt, sowie Kriminalkommissar Wehn, das Dienstmädchen Pauline Gah, jetzt in Regel, und die unverheiratete Anna Mohr-Berlin.

Der Angeklagte Dr. Bötticher wird durch den Eröffnungsbeschuß beschuldigt, durch 26 Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“, die sich mit den Koniger Vorgängen beschäftigen, der Angeklagte Bruhn wird beschuldigt, durch zwei Artikel richterliche, staatsanwaltschaftliche und Verwaltungsbehörden und Beamte, sowie Privatpersonen im Sinne der §§ 185 und 186 beleidigt zu haben. Bruhn soll nur Privatpersonen beleidigt haben.

Vor Eintritt in die materielle Verhandlung bemerkt der Vorsitzende: Die Angeklagten haben einen

### umfangreichen Wahrheitsbeweis

angekreten, sowohl nach der Richtung der gegen die Beamten erhobenen Vorwürfe, als auch bezüglich der weiteren Behauptung, daß die beiden Lewys kein, andre Leute jüdischen Glaubens an der Mordthat beteiligt resp. Mitwisser seien. Es sind nicht weniger als 120 Zeugen kommissarisch vernommen worden. Diese Zeugenaussagen sind demnach in dem Ermittlungsverfahren auf Grund der gegen Lewy u. Gen. erstatteten Strafanzeige, sowie in dem abschließenden Bescheid des Ersten Staatsanwalts in Königs, des Oberstaatsanwalts und des Oberlandesgerichts in Marienwerder vertwert worden. Es fragt sich, ob die Angeklagten auch jetzt noch die Behauptung aufrechterhalten wollen, daß Verdachtsgründe für die Thäterhaft der Lewys vorliegen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Die Angeklagten stehen auf dem Standpunkte, daß zu der Zeit, als die Artikel erschienen, der dringendste Verdacht der Thäterhaft auf den Lewys und den Juden ruhte. Sie sehen auch jetzt noch auf dem Standpunkte, daß dieser Verdacht berechtigt sei. Sie wollen sich mit den Aussagen der

### 120 Zeugen

zunächst begnügen. Die Vorwürfe gegen die Beamten halten sie aufrecht und behalten sich vor, Kritik an den Bescheiden des Ersten Staatsanwalts, des Oberstaatsanwalts und des Oberlandesgerichts zu üben. — Auf die bestimmte Anfrage des Staatsanwalts Kanizow erklärt Rechtsanwalt Dr. Hahn, daß die Angeklagten hauptsächlich den Vorwurf der Mitthäterhaft auch heute noch gegen die Lewys aufrechterhalten. — Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß unter diesen Umständen die Beweisaufnahme auf den Koniger Mord näher werde eingehen müssen und die ganze Angelegenheit ab ovo werde behandelt werden müssen.

Die Eröffnung des Hauptverfahrens hat, wie der Vorsitzende weiter hervorhebt, schon vor 2 Jahren stattgefunden. Dies erklärte sich aus verschiedenen Gründen. Zunächst seien im Laufe der Zeit 6 verschiedene Verteidigungsschriften eingegangen, es sei ein ganz umfangreicher Beweis durch Vernehmung von 120 Zeugen erhoben worden, die Auslegung des Verfahrens wurde dann auch dadurch geboten, daß gleichzeitig das Verfahren gegen die Lewys eröffnet worden war, und erst als dies beendet worden und das Oberlandesgericht in Marienwerder in diesem Sommer seinen Bescheid erteilt hatte, konnte das Verfahren gegen die Angeklagten seinen Fortgang nehmen.

Der Angeklagte Bruhn betont, daß er doch nur wegen Verleumdung der beiden Lewys und des Kaufmanns Caspari, nicht aber wegen Verleumdung von Behörden und Beamten angeklagt sei, aus der Verbindung mit der anderen Anklage ihm event. zu Unrecht große Kosten entstehen würden und deshalb ersuchen müsse, seine Sache abzutrennen und besonders zu behandeln. — Ein dahin gehender Antrag wird vom Rechtsanwalt Dr. Hahn zurückgezogen, nachdem darauf hingewiesen worden, daß eine Abtrennung nicht möglich sei.

Der Vorsitzende läßt sich durch Befragen von dem Angeklagten bestätigen, daß der von diesem erhobene Vorwurf des Ritualmordes oder wie es jetzt genannt werde,

### „Ritualmordes“

nicht gegen die jüdische Religionsgesellschaft sich richte, sondern nur die Thatsache behauptet werden solle, daß abergläubische Juden solche Muthaten verübten.

Es folgt hierauf die Verlesung der einzelnen Artikel, die die Grundlage der Anklage gegen Dr. Bötticher bilden.

Der damals 18-jährige Oberrechner Ernst Winter ist bekanntlich am 11. März 1900 ermordet worden, Teile seines Leichnams sind am Nachmittage des 13. März unter dem Eise des Königssees in ein rothbraunes Padpapier eingewickelt, vorgefunden worden. Es ist ebenso bekannt, daß der mysteriöse Fall in Königs und Umgebung eine ungeheure Erregung hervorgerufen und insbesondere die antisemitische Presse diesem Falle ihre lebhafteste Aufmerksamkeit gewidmet hat. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat den Koniger Mord und die damit in Verbindung stehenden Vorgänge in zahlreichen Artikeln behandelt, die scharfe Kritik an den von den Behörden zu der Ermittlung der Thäterhaft ergangenen Maßnahmen übten, die in Königs herrschende Stimmung und die dort verbreiteten Ansichten über den Gang der Untersuchung besprachen und im allgemeinen den Gedankenlangsam verfolgten, daß die Behörden begnügen, die in Frage kommenden richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten aus Gründen der Schonung der Juden vieles verheimlicht bzw. unterlassen haben, was sie hätten thun müssen, um volle Klarheit in das Dunkel zu bringen. Die Anklage erobert in verschiedenen Ausführungen der intimierten Artikel den Vorwurf, daß die staatsanwaltschaftlichen und Polizeibehörden mit Rücksicht vor einem Einschreiten gegen die Juden zurückgeblieben, daß für sie das Judentum ein „München rühr' mich nicht an“ sei, daß sie aus Furcht die gegen die Juden vorliegenden Verdachtsmomente nicht oder nur unzulänglich verfolgten, daß die Beamten die Sache nicht aufklären lassen wollten, daß sie unerbittliche Rücksicht auf die Juden nahmen u.s.w.

Es liegen

### Strafanträge

vom Oberlandesgerichts-Präsidenten in Marienwerder, von dem Oberstaatsanwalt, vom Regierungspräsidenten, ferner vom Polizeipräsidenten von Berlin für die beleidigten Beamten und von verschiedenen Privatpersonen vor.

Rechtsanwalt Dr. Hahn bemerkt hierzu, daß die betr. Vertreter der Behörden nicht aus eigenem Antriebe die Strafanträge gestellt haben, sondern erst auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin I. — Staatsanwalt Kanizow bespricht diese Behauptung. Von einem „Ersuchen“ der Staatsanwaltschaft könne keine Rede sein, die Letztere habe pflichtgemäß nur angefragt, ob etwa ein Strafantrag gestellt werde. — Der Verteidiger erwidert: Es haben 17—18 Strafanträge von Privatpersonen, vom Verein zum Schutze der Mitbürger jüdischen Glaubens

usw. vorgelegen, es seien Ersuchen an den Minister des Innern und den Justizminister ergangen und schließlich die Staatsanwaltschaft die Strafanträge erstatet. Früher habe die Staatsanwaltschaft immer auf dem Standpunkte gestanden, daß solche Verleumdungen auf dem Weg der Privatklage zu verweisen seien; thatsächlich stellen auch 12—14 Fälle der Anklage keine Verleumdungen von Beamten, sondern nur von Privatpersonen dar. — Der Staatsanwalt erwidert, daß durch dieselben Artikel sowohl Privatpersonen als auch Beamte und Behörden beleidigt seien und sich hieraus das Eingreifen der Staatsanwaltschaft genügend erkläre.

Angeklagter Dr. Bötticher erklärt auf Befragen im allgemeinen zu den Artikeln, daß er in den intimierten Mitteilungen aus Königs nur den Niederschlag der Meinung erblidete, wie sie sich seiner Zeit in Königs gebildet habe. Die Koniger Angelegenheit sei von einem wohlunterrichteten Redaktionskollegen bearbeitet worden, auf den er sich naturgemäß verlassen habe. Der intimierte Artikel in Nr. 273 unter der Ueberschrift „Ritualmord“ behandle die Frage, warum der Mörder nicht entdeckt werde und sei nichts als die Wiedergabe der Ansichten, die in der erregten Koniger Bevölkerung kolportiert worden seien, und zwar auf Grund von verschiedenen auffälligen Thatsachen.

In einem Artikel in Nr. 289 heißt es u. a.: In die Internas eingeweihte Personen sind der Ueberzeugung, daß trotz der schweren Belastung der Lewys gegen diese aus thatsächlichen Rücksichten nicht vorgegangen werde, denn man fürchtet, daß, wenn die Lewys verhaftet oder gar verurteilt würden, ein

### allgemeiner Volksaufstand

zu befürchten wäre, bei dem zahlreiche Juden toteschlagen werden würden. Der Artikel fügte hinzu: diese Mitteilung klinge unglaubwürdig, aber nach alledem, was schon vorgekommen, könne man alles für möglich halten. — Der Angeklagte erklärt hierzu auf Befragen, daß demjenigen, der die Mitteilung gemacht, wahrheitsgemäß die Mitteilungen des Fürsten Liechtenstein vorgelegt haben, monach Graf Andraffy s. B. im Falle Tisza-Ezlar sich geäußert habe: Wir konnten die Juden nicht bestrafen, weil uns sonst die Juden toteschlagen werden würden. — Der Vorsitzende erwidert, daß zunächst es doch nicht angängig sei, ungarische Verhältnisse ohne weiteres auf deutsche zu übertragen,

andererseits sei es aber doch nicht wahrscheinlich, daß nur die Ex-Internas an jenen ungarischen Vorfälle wachgerufen werden sollte.

In einem Artikel der Nummer 252: „Es soll nichts herauskommen“ wird den Behörden aus Ders gelegt, nunmehr jede Rücksicht gegen die Juden fallen zu lassen. — Der Angeklagte erklärt hierzu: Die Worte: „es soll nichts herauskommen“ seien Worte, die dem Munde der Frau Oberstaatsanwalts Setzlag entstammen. Er verweist auf die spätere Beweisaufnahme über diesen Punkt.

In einem Artikel in Nr. 263: „Der Schleiter in Königs wird nicht gelistet werden“, wird das Vorgehen gegen den Fleischermeister Hofmann in Königs besprochen, es werden einige Angriffe gegen den Untersuchungsrichter Dr. Zimmermann mit diesem Vorgehen und den Anschauungen seines judenfeindlichen Schwiegervaters entpochen. Auf Antrag des Verteidigers wird ein späterer Artikel der „Staatsbürger-Zeitung“ verlesen, in welchem anerkannt wird, daß der Angriff auf den Untersuchungsrichter auf solcher Information beruhe, da die Attake gegen Hofmann nicht von Dr. Zimmermann, sondern vom Kriminalinspektor Braun insceniert worden sei. — Der Vorsitzende meint, gerade diese nachträgliche Entschuldigung zeige, daß es im höchsten Maße leichtfertig sei, auf Grund oberflächlicher Information so schwere Vorwürfe gegen einen Beamten zu erheben.

Ein Artikel in Nr. 257 enthält die Insinuation, daß der Staatsanwalt lediglich das

### Zeugnis von Juden

berücksichtige und das von Christen ablehne. Der Angeklagte will dies auf die Thatsache bezogen wissen, daß ein katholischer Geistlicher bei dem Staatsanwalt den Antrag gestellt hatte, den Fleischermeister Josef Eienhördt aus Breslau zu vernehmen, dieser Antrag sei aber abgelehnt worden.

In einem Artikel, der die in Königs entstandenen Ausschreitungen gegen die Juden behandelt, sind beleidigende Angriffe gegen den Polizeikommissar Bloch enthalten, dessen Verhalten scharf getadelt wird. — Der Angeklagte beruft sich darauf, daß sämtliche unbesoldete Stadträte in Königs sich über das Austritten Blochs beschwert und ihm gewisse Mahnen die Schuld dafür zugeschrieben haben, daß es in Königs überhaupt so weit gekommen. Er beantragt außerdem die Verlesung verschiedener Aiten aus Strafverfahren gegen Bloch, in welchen dieser wegen Mißhandlung bestraft worden sei.

In einem andern Artikel wird dem Bürgermeister Deditius Boreingekommenheit für die Juden vorgeworfen und gesagt, daß sein Austritten während des Kravalls mehr aufregend als beschwichtigend gewirkt habe. — Der Angeklagte erklärt, daß dies auf das durch die Beweisaufnahme noch näher darzulegende Verhalten gegen den Fleischermeister Hofmann Bezug habe.

In einem Artikel, der die Handhabung der Hausdurchsuchungen kritisierte, soll die Polizeiverwaltung und der Schlächtermeister Lewy beleidigt worden sein.

Ein Artikel in Nr. 216 wird wegen einer Verleumdung des Kriminalkommissars Wehn verfolgt. In die Thatsache, daß Wehn seine Tätigkeit in Königs eingestellt habe, wird die Bemerkung geknüpft: „Es ist also nicht einmal wie seiner Zeit in Sturz gelungen, einen Christen zu finden, den man zur Ableitung des Verdachts von den Juden der Thäterhaft bezichtigen konnte.“

Zwei andre Artikel, die beleidigende Stellen enthalten sollen, richten sich gegen die von Berlin aus nach Königs entsandten Kriminalbeamten.

Ferner zieht die Anklage einen Artikel heran, der den Inhalt einer von dem Fleischermeister Hofmann an das Gericht gemachten Eingabe wiedergibt. Auf Anregung des Kriminalinspektors Braun war bekanntlich seiner Zeit das Verfahren gegen den Fleischermeister Hofmann in Königs unter dem Verdachte des Mordes eingeleitet und Hofmann selbst verhaftet worden. Nach seiner Entlassung und Einstellung des Verfahrens hat sich Hofmann durch jene Beschwerde über die ihm widerfahrere Behandlung lebhaft beklagt und auszuföhren gesucht, daß nach allen vorliegenden dringenden Verdachtsmomenten nur Lewy als des Mordes verdächtig erscheinen könne. — Angeklagter Bruhn erklärt hierzu, daß die „Staatsb.-Ztg.“ es für ihre Pflicht gehalten habe, die Interessen des hochachtbaren Fleischermeisters Hofmann gegen die ihn bedrohenden jüdischen Machinationen wahrzunehmen. Ein dahin gehendes Ersuchen habe auch von dem Rechtsanwalts Gebauer, dem Verteidiger des Hofmann, vorgelegen.

### Durch einen weiteren Artikel fñhlt sich

Sürgermeister Deditius

beleidigt. Es wird darin ausgeführt, daß Herrn Deditius die Hauptschuld dafür treffe, daß unmittelbar nach Bekanntwerden des Mordes die Untersuchung in unzureichender Weise geführt worden sei. Damit wurde eine Mitteilung aus Strehlen verbunden, die aus der früheren Amtsthätigkeit des Herrn Deditius dortselbst eine schlimmere Charakteristik desselben herleitete. Es wurde mitgeteilt, daß Herr Deditius eine Jüdin aus Breslau zur Frau habe, daß er sich in Strehlen den Beinamen „Antisemitentöter“ erworben, daß er von Strehlen schließlich förgelobt worden sei u. c. — In einem zweiten Artikel wurde in ähnlicher Weise auf die Strehlemer Thätigkeit des Herrn Deditius und seine Amtsführung in Königs Bezug genommen. — Der Angeklagte Dr. Bötticher behauptet, daß die Zuschrift aus Strehlen von einem Namen herabzöge, dessen ganze sociale Stellung ihm dafür bürgte, daß die Mitteilung auf Wahrheit beruhe. Er beruft sich außerdem darauf, daß von mehreren Stadträten und Stadtverordneten in Königs beiwunden gegen Herrn Deditius erhoben worden seien.

Beim Schluß der Verlesung dieser Gruppe von Artikeln, bei denen es sich um Verleumdung von Beamten handelt, bemerkt Landgerichtsdirektor Opiß: Mühten Sie sich nicht als Redacteur einer Zeitung, die an sich doch wohl nicht das Bestreben hat, die Staatsbehörden als solch verächtlich zu machen, sagen, daß es doch nicht angängig ist, auf Grund oberflächlicher Informationen oder des Verhaltens einzelner Personen so schwere Vorwürfe gegen Behörden zu erheben? Wenn an Maßnahmen der Behörden so häßliche Kritik geübt wird, so kann das doch nicht zur Beruhigung beitragen, sondern nur Verwirrung anrichten.

Angell.: Damals herrschte eine Kampfesstimmung, denn die „Staatsbürger-Zeitung“ war auch vielfach angegriffen worden und bei solcher Preßstöße werden manchmal die Worte nicht sorgfältig abgetoogen.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Opiß: Sie werden doch wohl zugeben müssen, daß damals an die Koniger Behörden und Beamten ungetöbliche Ansprüche gestellt wurden. Die Beweisaufnahme wird ergeben, in welcher Weise die Beamten versucht haben, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Es folgt die Verlesung einer ganzen Reihe von Artikeln, die als beleidigend angesehen werden, weil sie immer wieder auf den Schlächtermeister Lewy und seine Familie den Verdacht der Thäterhaft lenkten, behaupteten, daß sich die Verdachtsmomente gegen diese in bedrückendster Weise mehrien, daß die Ermordung des Ernst Winter in dem Lewyschen Keller stattgefunden haben müsse u. c. — Der Angeklagte Dr. Bötticher erklärt hierzu, daß diese Artikel teils die Ueberzeugungen der Koniger Bevölkerung und die dort herrschende Stimmung wiedergaben, teils sich auf Feststellungen, die sich aus Zeugenaussagen ergaben, stützten. Der Verdacht gegen die Lewys habe ja doch thatsächlich vorgelegen und sich zu einer Strafanzeige des Vaters des ermordeten Winter verdichtet.

In einem dieser Artikel bemerkt der Vorsitzende: Wie unzuverlässig solche Berichte sind, die die Grundlage derartigen Artikel bilden, ergibt sich aus einem Punkt. In einem Artikel ist ein großes Aufsehen davon gemacht, daß man in einem an die Synagoge grenzenden Raum ein

### Blutgefäß mit Blut

gefunden habe. Die Sache erklärte sich einfach dahin: In jeder Synagoge befindet sich auch ein Raum zum rituellen Schlachten von Geflügel. Das Blut werde in eine kleine Blutgrube geleitet und als man behördlicherseits in der Synagoge recherchierte und auf diese Blutgrube stieß, hielt man es für angebracht, ein wenig Blut zu entnehmen und in eine kleine Glasflasche zu füllen. Eine Flasche mit Blut“ sei also keineswegs vorgefunden worden.

Hieran reihen sich zwei Artikel, die der Angeklagte Bruhn zu vertreten hat. In dem ersten wird ausgeführt, daß die Thäter in den verschiedensten Ständen gesucht werden, nur nicht unter der

Juden; es würde, wie weiter dargelegt wurde, ein Vergehen gegen die Gerechtigkeit sein, wenn man den Israeliten, der unter dem Verdacht stand, den Kopf des Ernst Winter weggebracht zu haben, freilassen wollte. Der Artikel legt weiter die Tätigkeit des Kriminalinspektors Braun, der bei verschiedenen Gelegenheiten Gespräche über die Angelegenheit mit der Bemerkung geschlossen habe: „Und glauben Sie wirklich, daß Israeliten den Kopf begangen habe?“ In dem Artikel wird dem Kriminalinspektor Braun nahe gelegt, eine andre Untersuchungsmethode anzuwenden und einmal dem Gedanken nachzugehen, daß der dem Tante ergebene Israelit, dessen Glaubwürdigkeit im Falle der Tat leicht in Zweifel gezogen werden konnte, von Juden die Mission übernommen habe, den Kopf des Winter wegzuschaffen. Dieser Gedanke wird in dem Artikel des Weiteren ausgeführt und wiederum der Verdacht auf Lehy und den Kaufmann G. Caspary gerichtet. Angeklagter Bruhn bemerkt hierzu, daß er nicht etwa ständiger Berichterstatter der „Staatsbürger Zeitung“ für König gewesen, sondern nur mehrmals hinfüßbergesessen sei, um einerseits die Berichterstatter der „Staatsbürger Zeitung“ zu kontrollieren und andererseits Studien an Ort und Stelle zu machen. Sein Bestreben sei gewesen, der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Der Inhalt des infrimierten Artikels entspreche der Wahrheit. Er glaube auch jetzt noch, daß Lehy und Caspary mit der Morde sache in irgend einer Beziehung stehen. — Rechtsanwalt Kanjow: Hat Herr Bruhn nicht zum Kriminalinspektor Braun gesagt: Die Sache dürfe nicht polizeilich, sondern müsse

#### politisch behandelt werden?

Angellagter Bruhn: Er habe schon einmal unter seinem Eide bekräftigt, daß er sich in der Weise, wie es Kriminalinspektor Braun behauptet, geäußert habe. Thatsächlich habe er dem letzteren bei Gelegenheit eines Gesprächs nur seine Meinung dahin ausgedrückt, daß er seine Messerchen nicht nur nach der einen, sondern auch nach der andern Seite hin richten solle. — Justizrat Dr. v. Gordon: Welche Anhaltspunkte hatte denn der Angeklagte für den hier gegen den Nebenkläger Caspary ausgesprochenen schweren Verdacht? — Angellagter Bruhn erklärt: Der Verdacht mußte rege werden, weil die Tochter des Caspary, die schiefhalskranke mit dem ermordeten Winter im Verkehre stand und diesen noch kurz vor seinem Tode zu einer Landpartie eingeladen hatte, der Ritter des Winter gegenüber jede nähere Bekanntschaft mit Winter abgelehnt hatte. Für ihn sei es danach nicht zweifelhaft gewesen, daß die ganze Sache ein Komplott war und Caspary in irgend einer Weise damit in Verbindung stand, bzw. um die Sache wußte.

#### Kriminalinspektor Braun

habe nur den Standpunkt vertreten, daß er die Welt und die Meere bereist habe und in der Welt Bescheid wisse; daß der Mord von Juden verübt sei, sei ja Unfug, denn es fehle das Motiv. Dem gegenüber habe er geglaubt, den Kriminalinspektor darauf hinweisen zu sollen, daß die Nachforschungen doch auch nach der andern Richtung hin geleitet werden sollten.

Der zweite gegen den Angeklagten Bruhn herangezogene Artikel enthält die Angaben, welche der spätere Hauptbelastungszeuge Masloff dem Angeklagten Bruhn über seine Bahnbefahrungen in der Nordstadt an dem Leipziger Keller gemacht hat. Der Angeklagte verscheidet sich damit, daß er nur den Inhalt des Gefährdisses des Masloff wahrheitsgemäß wiedergegeben habe; danach aber habe ein schwerer Verdacht gegen Lehy vorgelegen. — Staatsanwalt Kanjow: Wenn jemand dem Angeklagten erzählt, ein andrer habe silberne Köpfe gestohlen, hält er sich da berechtigt, dies sofort mitzuteilen? — Angell. Bruhn: So habe die Sache hier doch nicht gelegen. Hier seien doch die verschiedenen

#### Verdachtsmomente gegen Lehy

vorhanden gewesen und dazu sei nun noch die schwere Bezeugung des Masloff gekommen. Er habe hier nicht leichtfertig gehandelt, sondern nur die Wahrheit an den Tag bringen wollen. — Präsi.: Das schämme ich mir, daß wie dem Angeklagten bekannt ist, Masloff nur schon vier verschiedene Angaben gemacht und zuletzt bei seiner Vernehmung in der Strafsache zu Graudenz wieder mit neuen Behauptungen hervorgetreten ist. — Der Angeklagte bedauert dies sehr, meint aber, es sei nicht wunderbar, wenn man daran denke, wie oft Masloff nun über die Dinge ins Verhör genommen und wie oft auf ihn eingeredet worden sei. — Justizrat Dr. v. Gordon teilt mit, daß Caspary seinen Antrag auf Wufe aufrecht erhalte.

Es wird sodann ein Artikel verlesen, durch den sich der Kaufmann Max Grohmann in Bütow beleidigt fühlt. Des letzteren Dienstmädchen Martha Schmidt hatte in Bütow das Gesicht verbrannt, daß Grohmann am 11. März nach Königs gefahren, mit blutbefleckten Kleidern zurückgekehrt sei und ein Fläschchen mit Blut gebracht habe. Thatsächlich soll Grohmann, wie in dem Ermittlungsverfahren festgestellt worden, am 11. März nicht nach Königs gefahren, sondern in Berlin gewesen sein. Ein Arbeiter Briz hat die den Grohmann verdächtigenden Mitteilungen dem Redakteur Köhl mitgeteilt und dieser hat sie der „Staatsbürger-Ztg.“ übermittelt. Die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen Köhl, Briz und des Mädchens Martha Schmidt werden verlesen. Die letztere will nur erzählt haben, daß sie an den Hofen ihres Herrn Blutflecke gesehen und mit einer trockenen Bürste abgerieben habe. Sie habe weiter nur erzählt, daß sie auf der Wafatollette ihrer Dienstherrschaft blutweiße keine Blutflecke gesehen habe, dagegen habe sie von einem „Fläschchen Blut“ nicht gesprochen.

Mit der Vorlesung dieser Aussagen schließt die heutige Verhandlung, die am Mittwoch 9 Uhr fortgesetzt wird.

## Partei-Nachrichten.

Der pommerische Provinzial-Parteitag, der am Sonntag und Montag in Stettin tagte, beschloß die Herausgabe einer Land-Exposition-Zeitung für die Provinz Pommern, die monatlich einmal erscheinen soll. Es wurden zunächst 300 Mark angewiesen zur Einrichtung des Unternehmens. Ferner wurde beschlossen, daß der „Pommerische Volkskalender“ alljährlich herausgegeben werden soll.

Die Parteigenossen in Schwarzburg-Sondershausen halten ihre Landeskonferenz am 20. Oktober in Arnstadt ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten stehen die Reichstagswahlen auf der Tagesordnung.

Zur Kandidatur in Stuttgart sei noch nachträglich darauf aufmerksam gemacht, daß Genosse Koch seiner Zeit wegen Geschäftsüberführung auf die abermalige Kandidatur zum Reichstage verzichtet hat, und daß deshalb Genosse Hildenbrand schon am 16. März zum Kandidaten ernannt worden ist, das heißt also mehrere Wochen vor Ausbruch des Straßenbahner-Streiks.

**Bestrafte Obstruktion.** Im Königsberger Stadtverordneten-Kollegium hatten die Vertreter unserer Partei, 4 Mann, vor einiger Zeit dadurch Obstruktion getrieben, daß sie sich aus dem Sitzungssaale in einen Nebenraum begeben hatten, um die Beschlußfähigkeit des Kollegiums herbeizuführen. Die freisinnige Mehrheit des Kollegiums machte deshalb von einer Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch, wonach mit Geldstrafe zu belegen ist, wer die Sitzungen verläßt, um sich seiner Pflicht zu entziehen. Die Sache kam jetzt vor dem Bezirksauswahlgang zur Verhandlung und die vier Sozialdemokraten wurden mit je 15 Mark Geldstrafe belegt. Ein mentwegter Walde-Mann, ein Rechtsanwält Holz, vertrat die freisinnige Stadtverordneten-Mehrheit. Er sprach zur Begründung der Strafe die freisinnig-benutzwürdigen Worte: Wohin sollte es führen, wenn in der Stadtverordneten-Versammlung eine kleine Minderheit es jederzeit in der Hand hätte, durch Hinweggehen die Versammlung beschlußunfähig zu machen!

So verkauft der Freisinn seine politische Ehre!

#### Politikalisches, Gerichtliches usw.

Der Baron v. Stietencron, der den italienischen Arbeiter Pazzi erschossen hat und vom Kriegsgerichte in Saarburg von der

Aussage des Totschlagers freigesprochen worden ist, bildete die Veranlassung zu einem Artikel in der „Sächsische-Holzsteinische Volkszeitung“ in Kiel. Diese berichtete im August 1901 über den Prozeß gegen v. Stietencron und faßte daran eine Reihe von Bemerkungen über das sächsische Kriegsgericht, in denen das Landgericht Kiel den Vorwurf der Parteilichkeit und frivolsten Rechtsbeugung erblidte. Dasselbe hat deshalb am 15. März den Genossen Albert Weber, der als Berantwortlicher zeichnete, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Die Revision des Angeklagten, welche Verkennung des Strafgesetzes und ungenügenden Strafantrag behauptete, wurde vom Reichsgerichte verworfen.

## Aus Industrie und Handel.

Im Kontore der Mannheimer Aktiengesellschaft für chemische Industrie, der wieder mal auf die heute übliche Sorglosigkeit der Aufsichtsräte ein großes Schlaglicht wirft, heißt es in der „Frankfurter Zeitung“:

„Mit den heute enthüllten Verlusten der obigen Gesellschaft ist das deutsche Aktienwesen wieder um einen jener betrübenden Fälle reicher, in denen die Verwaltung einer Gesellschaft durch Fälschungen und andre betrügerische Manipulationen das ganze Kapital des ihrer Leitung unterstellten Unternehmens in Verlust gebracht hat. Auf welche Weise dies geschehen konnte, darüber liegt auch jetzt noch keine Aufklärung vor; vermutlich wird sich zunächst der Staatsanwalt mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Die Mittelung des Aufsichtsrats spricht von einer seit Jahren bestehenden Unrichtigkeit, die durch falsche Angaben der Direktoren verdeckt wurde. Aber der Vorstand besteht aus vier Mitgliedern; hat einer von andern nichts gewußt oder haben sie unter einer Tede gearbeitet? Ferner sagt der Aufsichtsrat, daß sich die Verluste bei einer Revision der Bücher herausgestellt haben. Aber solche Revision muß doch seitens des Aufsichtsrats häufiger vorgenommen werden, zum allerwenigsten einmal jährlich, und hätte wohl bei Anwendung genügender Sorgfalt schon früher zur Aufdeckung führen müssen. Unter diesen Umständen drängt sich von selbst die Frage auf, ob der Aufsichtsrat seiner Aufsichtspflicht in ausreichendem Maße genügt habe; zur Beurteilung dieser Frage wird man erst genaueres darüber abwarten müssen, auf welche Weise die Verluste entstanden und verdeckt worden sind, und davon wird dann vermutlich abhängen, ob auch ein Regreß gegen den Aufsichtsrat möglich ist. Ganz rätselhaft erscheint derzeit auch noch, wohin die Millionen gekommen sind. Nach Meldungen, die uns aus Mannheimer Kreisen zugehen, sind dort Gerüchte verbreitet, wonach die Verluste den in der offiziellen Depesche angegebenen Betrag sogar noch übersteigen sollen. Der Aufsichtsrat hatte gelagt, daß das ganze Aktienkapital von 2 1/2 Millionen Mark als verloren zu betrachten sei und selbstverständlich auch die 400 000 M. Reserven. Das sind zusammen 2,90 Millionen. In Mannheim spricht man sogar von insgesamt 3 1/2 Millionen Mark Verlusten. Wie bei dem relativ kleinen Unternehmen derartige Misserfolge Jahre hindurch verdeckt bleiben konnten, erscheint auch nach der auf den 31. Dezember 1901 aufgestellten Bilanz völlig unklar; allerdings hat sich dieselbe als gefälscht herausgestellt, aber damit kann doch den darin aufgeführten Titeln der Wert nicht genommen werden.“

Was letztere Frage anbetrifft, so scheint allerdings die Behauptung, daß die Verluste 3 1/2 Millionen Mark betragen, übertrieben zu sein. Nach der letzten Bilanz belief sich der Wert der Gebäude auf 701 567 M., der Maschinen u. s. w. auf 827 256 M., der Vorräte an Rohstoffen und Materialien auf rund 1,7 Millionen Mark und der Gesamtbetrag des Debitorenkontos auf 1,8 Millionen Mark. In den letzten Nachrichten aus Mannheim wird denn auch bereits erklärt, daß aus der Konkursmasse zum mindesten 50 Proz. herauszuholen sein werden. Auch ist nach den bisherigen Mitteilungen kaum freitrag, daß Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder haftbar gemacht werden können. Wie verlautet, hat das von den Gläubigern gebildete Schlichtungsausschüsse schon bei der Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme des Vermögens der betreffenden Verwaltungsmitglieder beantragt.

Eine Vereinigung der oberheinischen Schiffahrtsgesellschaften hat sich nach der „Wid. Jtg.“ gebildet, um, wie es heißt, die durch zu niedrige Frachttäge hervorgerufene mäßige Lage der Rhein-Schiffahrt wieder zu heben. Eindämmung des Wettbewerbens und damit Steigerung der Frachttäge werden deshalb als nächstes Ziel der Vereinigung proklamiert.

Vom New Yorker Geldmarkt. Um die Geldanspannung zu erleichtern, hatte das amerikanische Schatzamt in den letzten Tagen neben der Verfügung einer Voranschuldung der in den nächsten Monaten fälligen Zinsen auf Staatsobligationen verschiedene weitere Maßregeln getroffen. Der Staatssekretär Shaw gab bekannt, daß das Schatzamt fünfprozentige 1904 rückzahlbare Bonds zum Kurse von 105 Proz. kaufen werde, wenn sie vor dem 15. Oktober vorgelegt werden. Für 100 000 Dollar solcher Bonds sind im Verlehe, zugleich wurde das New Yorker Unterbankamt angewiesen, den Gesamtbetrag für 550 000 Dollar australischen Geldes, das in der Münze von San Francisco für Rechnung zweier New Yorker Bankfirmen deponiert ist, vorräthigweise auszugeben.

Indes haben bisher diese Maßnahmen, wie der Verlauf der gestrigen New Yorker Börse bewies, wenig genützt. Die Nachfrage nach Geld nahm einen geradezu unheimlichen Charakter an. Die Banker suchten auf alle Weise die Banken zur Vergabe von kurzfristigen Darlehen zu drängen, doch ohne Erfolg. So stieg denn nach und nach der angebotene Zinssatz für tägliches Geld bis auf 35 Proz.

Vermeint wurde die Aufregung, welche diese Geldknappheit hervorrief, durch einen bedeutenden Ansturz der Aktien der Chicago-Pulver- und St. Paul-Eisenbahn sowie der Louisiana- und Kaschille-Bahn, da die Subskription auf die neuen Aktien dieser Bahnen als gescheitert gilt.

Von der amerikanischen Regierung werden jetzt neue Maßnahmen zur Erleichterung des New Yorker Geldmarktes ergriffen. Nach einem Telegramm des Reuterschen Bureaus gab der Schatzsekretär Shaw gestern abend bekannt, daß von jetzt ab die Banken nicht mehr verpflichtet sein sollen, eine durch Regierungsbonds gesicherte Reserve als Sicherheit für Regierungskonten bereitzustellen. Hierdurch werden die Banken in den Stand gesetzt, den Umfang ihrer Geschäfte um 130 Millionen zu vergrößern. Ferner wird die Regierung auch andre Sicherheiten als Regierungsbonds zulassen, was die Freimachung von weiteren 20 bis 25 Millionen Dollar bedeutet.

## Zum tragischen Ende Zolas.

Am Dienstagmorgen fand die Autopsie der Leiche Zolas statt in Gegenwart des Direktors des städtischen Laboratoriums, der dann dem Polizeipräsidenten die Mitteilung machte, daß der Tod unzweifelhaft durch Einatmen von Kohlenoxydgas herbeigeführt worden sei.

Der Organismus erwies sich als gesund, nur die Nieren waren schwach. Gegenwärtig beraten sich die Freunde bezüglich des Leichenbegängnisses, das wahrscheinlich am Donnerstags stattfinden wird. Frau Zola, deren Zustand sonst befriedigend ist, hatte mittags Weinkämpfe. Absolute Ruhe ist ihr streng vorgeschrieben. Bisher ist kein Testament gefunden worden.

Madame Zola konnte der Behörde bereits angeben, daß sie, da sie sich im Laufe der Nacht unwohl fühlte, ihren Mann ersuchte, ein Fenster zu öffnen. Dieser erhob sich, schloß aber gleich zu Boden, während Frau Zola die Verriegelung verlor und nicht mehr im Stande war, Türen zu schließen. Daß die beiden keinen Hund mit dem Leben davon kamen, erklärt man sich daraus, daß der ein auf dem Bette, der andre auf einem Stuhl, beide aber so hoch über dem Boden lagen, daß die Gase nicht mehr tödlich auf sie wirkten. Der Körper liegt auf einem Divan mitten in dem großen Salon aufgebahrt, die Hände über der Brust gefaltet. Hand und

Augen geschlossen, wie im Schlafe. Das Gesicht ist wachsblass. Frau Zola wurde die Mitteilung von dem Tode ihres Gemahls mit der größten Sänung gemacht. Sie wollte nicht daran glauben und es bedurfte der dringenden Vorstellungen des Arztes und ihrer Freunde, um sie zu bewegen, das Haus zu verlassen und das Erholungsheim in Reilly aufzusuchen. In die im Trauerhause aufliegenden Listen haben sich bereits zahlreiche herbortragende Persönlichkeiten eingetragen. Eine große Menschenmenge drängt sich vor dem Hause. Ueberhaupt ist die Trauer eine allgemeine. Die „Lanterne“ ist schwarz umrandet erschienen; in der „Revue Napoléon“ sendet Faure dem mächtvollen Romancier und dem großen Bürger einen Schelbegrüß, die Brüder Paul und Victor Marguerite feiern ihn in „Matin“. Alle republikanischen Blätter, „Lanterne“, „Radical“ u. s. f. setzen in ihm den großen geistigen Führer. Von der nationalistischen Presse erhält der „Celar“ sich anständig und würdig. Er hat die Madamellen Sorel und Larroumet interviewt. Die „Literatur“ folgt Larroumet, erleidet einen unermeßlichen Verlust. Zola war sicherlich der mächtigste Schriftsteller, den man seit Balzac gekannt hat.“ Der jetzt reaktionäre „Figaro“, in dem Zola einst seine ersten Kampfschriften für Dreyfus veröffentlichte, beklagt sich mit einer literar-historischen Würdigung. Gesellschaft benehmen sich nur einige jener Blätter, die Zola mit dem Worte „La Presse immonde“ gebrandmarkt hat: „Gaulois“, „Libre Parole“ und „Autonomie“. Der „Gaulois“, der auch die WDe Hypothese eines Selbstmordes erörtert, post, daselbst Grad werde die Leiche Zolas und die letzten Reste der Dreyfus-Affäre unschließen. „Das“, sagt der „Gaulois“, „wird der erste Dienst sein, den Zola unserm Lande erwiesen haben wird.“ Es lohnt nicht wiederzugeben, was Drumont und Rochefort schreiben. Die „Lanterne“ fordert die demokratische Bevölkerung auf, Zola ein großartiges Begräbnis zu bereiten.

Auch aus dem Auslande liegen bereits eine Reihe von Beileidskundgebungen vor.

Der Verein der Römischen Presse beschloß, sich bei dem Leichenbegängnis durch den Pariser Berichterstatter Vernasconi vertreten zu lassen, und sandte gleichzeitig an den Präsidenten des Pariser Drehvereins folgende Depesche ab: „Die italienische Presse beneidet mit Frankreich den Tod Emile Zolas, des großen Schriftstellers und des großen Vaganten der Seelen und Ideen, welche die lateinischen Länder im neunzehnten Jahrhundert der Welt gaben.“ Der Minister des öffentlichen Unterrichts telegraphierte seinem französischen Kollegen, daß der Tod des glorieux Schriftstellers und Kämpfers nicht allein von Frankreich betrauert würde, sondern von der ganzen geistigen Welt, besonders aber von Italien, mit dem sein Name durch Verwandtschaftsbande, durch Solidarität und Zuneigung verbunden sei.

Sogar im Vatikan hat, wie von anderer Seite gemeldet wird, der Tod Zolas einen tiefen Eindruck gemacht. Der Papst soll beim Empfang der Nachricht gesagt haben: „Zola war wohl ein Feind der Kirche, aber ein ehrlicher Gegner.“

Die Wiener Parteigenossen veranfaßten am Montagabend im Arbeiterheim eine große Trauerkundgebung für Zola, bei der Dr. Adler eine ergreifende Rede hielt.

Der frühere Ministerpräsident Waldeck-Rousseau ersuchte den Verleger Zolaquelle telegraphisch, der Gattin Zolas sein Beileid auszusprechen. Die Beerdigung Zolas wird am Freitag auf dem Montmartre-Friedhof stattfinden. Da Zola Offizier der Ehrenlegion gewesen ist, so wird man ihm militärische Ehren erweisen, vorausgesetzt, daß er sich dieselben nicht testamentarisch verboten haben sollte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 30. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Wegen Aufreizung zum Klassenhaß wurden am 2. Juli vom Landgericht Reichen Genosse Morawski zur höchst zulässigen Strafe von zwei Jahren und Genossin Caspary-Golde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die beim Reichsgericht eingelegte Beschwerde wurde heute verworfen.

#### Gemeinbewußt-Seig.

Mannheim, 30. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgefundenen Gemeinbewußten der dritten Steuerklasse erhielt die Sozialdemokraten 4250, der bürgerliche Mittelstand 2050 Stimmen. Sämtliche zwanzig Sozialdemokraten sind somit gewählt.

#### Das Ruwetter in Sicilien.

Catania, 27. September. (W. Z. V.) Hier toltet das Unwetter seit drei Tagen ununterbrochen; jedoch sind die in der Stadt selbst angerichteten Schäden nicht sehr erheblich. Das Meer ist sehr bewegt; der Hafendamm ist beschädigt. Der deutsche Dampfer „Caperna“ wurde durch eine große Flutwelle zum Sinken gebracht. Die Gegend um den Vesuv herum hat stark gelitten. Die Weinberge sind zerstört. Der Vesuv sandte gestern eine starke Säule weißer Dampfes gegen Monte-grasso hin. An dem Vulkan Stromboli haben sich seit dem 14. d. M. zwei neue Krateröffnungen gebildet.

Modica, 27. September. In Sicili wurden bis heute abend 60 Leichen aufgefunden. Es sind größtenteils solche von Einwohnern von Modica, welche durch die Fluten gestern fortgerissen wurden. In Catania wurden zwei Personen getötet, eine wird vermisst.

#### Ungeheuerliche Bestialität.

London, 30. September. („Bureau Laffan“) 5000 Personen, Männer und Frauen, waren, wie die „Daily Mail“ aus New York meldet, vorgestern in Corinth im Staats Mississippi zusammengedrängt, um der öffentlichen Verbrennung eines Negers beizuwohnen, der eine weiße Frau ermordet und den Leichnam verflümmelt hatte. Die Eisenbahnen hatten zu diesem Ereignis Sonderzüge nach Corinth eingelagert, um alle Schwastigen befördern zu können. Die Volkströme nahmen ihren Anfang damit, daß am Morgen des 28. eine Schar von über 1000 Männern das Gefängnis stürmte, in welchem der Neger untergebracht war und nach Ueberwältigung der Wachen, welche vergebens Widerstand zu leisten suchten, den Schuldigen herausholte. Der Neger wurde dann an einen eisernen Pfahl gebunden, um welchen petroleumgetränkte Holzbündel aufgeschichtet waren. Dann kündete der Bruder der ermordeten Frau unter wildem Geschrei der Menge mit einer Fackel den Scheiterhaufen an. In diesem Schauspiel waren für die Frauen sowie die Zeitungsberichterstatter besondere Sitze reserviert worden und 20 Bürger fungierten als Ordnung, damit das Ganze den programm-mäßigen Verlauf nehme.

Leipzig, 30. September. (W. Z. V.) Der Prozeß gegen den Handlungsreisenden Udo Becker wegen Landesverrats findet am 5. November vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts statt.

Kaiserslautern, 30. September. Staatsrat Eisenlohr wurde unter Ernennung zum Geheimen Rat 1. Klasse in den Ruhestand versetzt. An seiner Stelle wurde Geheimen Regierungsrat Roth zum Generaldirektor der Staats-Eisenbahnen ernannt.

Bresl, 30. September. (W. Z. V.) Der Kabinettschef des Marineministeriums ersuchte die Arsenalarbeiter, welche wegen des ihnen aus finanziellen Gründen zwangsweise auferlegten Auftrages in den Ausland treten wollen, dies anzuziehen, bis der Minister seine endgültige Entscheidung getroffen habe.

Leipzig, 30. September. (W. Z. V.) Infolge unvorsichtigen Umganges von Kindern mit Feuerbranntem in Dorfe Woldshaus, unweit der Stadt Gierads von 129 Häusern 120 nieder, während die Bauern auf dem Felde waren. Zwei Kinder kamen in den Flammen um. Die Gebäude sind sämtlich unversichert.

Krankenkassen-Mitglieder Berlins und der Vororte!

Gestern konnten wir Euch anzeigen, daß den Krankenkassen drei Apotheken zur Verfügung stehen, welche 20 Prozent Rabatt und andre Vergünstigungen gewähren, nämlich die Prinzen-Apothek, N. Prinzen-Allee 69 (Wesendagen), Quisen-Apothek, N. Hagenstr. 21 (Brandes), Apotheke zum goldenen Adler, S. Alexandrinenstraße 41 (Blöck).

Lokales.

Die juristische Sprechstunde wird von heute, Mittwoch, ab regelmäßig von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends Lindenstr. 69, 2. Hof parterre abgehalten.

König in Verhaft.

Von der großen konservativen Prengelbrotkiste ist es nur ein kleines Stückchen, das sich im Verleumdungsprozess gegen Struß und Sittiger entrollt. Es ist ein Konzipit mit der besten Form der Staatserhaltung, der hier zwischen den Engländern und den Behörden geführt wird. Diese armen Behörden nämlich sind vielfach vom Geiste der neuen Zeit angekränkt: die christlichen Ideale des Mittelalters wollen ihnen nicht mehr recht in den Sinn, ja, so weit sind sie in ihrer Gottlosigkeit gekommen, daß sie den staats-erhaltenden Glauben an den Mitalmord verloren haben und Judendistreibungen für kein geringes Mittel der sozialen Reform halten. Dadurch unterließ sich dieser antisemitische Verleumdungsprozess von seinen socialdemokratischen Gattungsgenossen. Während socialdemokratische Redactoren meist auf die Aufregung kommen, weil ihnen die Behörden nicht gefehlt genug sind, so geriet die Herren Struß und Sittiger in die Falle, weil ihnen die Behörden nicht dünn, nicht reaktionär und bockert genug gewesen waren.

Geist bildet auch von andern Standpunkten aus die Tätigkeit, die die Behörden zur Aufklärung der geheimnisvollen Mordthat von König geleistet haben, einen sehr geeigneten Gegenstand kritischer Betrachtung. Selten mag es in der Kriminalgeschichte noch vorgekommen sein, daß ein verfolgter Verbrecher so jämmerlich die Verleumdung unter der Nase tanzt und — in einem lehrstuhlgeliebten Ort — so viele Spuren seiner Tätigkeit hinterlassen durfte, ohne erkannt und gefast zu werden. Dieser wahrhaft verblüffende Mißerfolg der Polizei ist die eigentliche Ursache dafür geworden, daß die siebzehnjährige Spannung in König keine Lösung fand und die Volkstheorie sich ungelöst in den Besitz dieser geheimnisvollen Mordgeschichte fepte. Es kann aber auch kein Zweifel daran bestehen, daß die antisemitische Agitation und die „Staatsbürger-Zeitung“ die Arbeit der Behörden vielfach erschwert haben. Wo die ganze Bevölkerung einer abergläubischen Vorstellung unterliegt, kann von ruhiger und objektiver Beobachtung keine Rede sein.

Für die Verleumdungen, die sie durch ihre königliche Mordphantasie an den Behörden wie an Privatpersonen begangen haben sollen, stehen heute die beiden „Staatsbürger“ und „Mädlergenossen“ vor Gericht. Der Staat will ihnen beweisen, daß er auch ohne die Stütze mittelalterlichen Glaubens stark genug ist, mißliebige Kritiker in festen Gewächern zu nehmen. Im Interesse der wahren Staatserhaltung sollen die falschen antisemitischen Staatserhalter mit schließlichen Argumenten eines Verleumers bestraft werden.

Die Tragikomik dieses Verhältnisses kam gleich gestern, am ersten Tage, mitunter recht drastisch zum Ausdruck. So hatte Herr Dr. Würtcher in einem seiner Artikel von einer königlichen Privatperson gelacht, sie verstande sich vortrefflich auf die Kunst, sich mißliebige zu machen. Nach Verlesung dieser unter Auflage gestellten Wendung gab der Vorsitzende seiner Bewunderung darüber Ausdruck, daß die „Staatsbürger-Zeitung“, deren Tendenz es doch sonst nicht sei, die Autorität des Staates zu untergraben, in so schäuderhafter Weise der Ehre eines wehrfähigen Bürgermeisters nahe trage, worauf Herr Dr. Würtcher ganz geluidt erwidert, das sei in der Hitze des Gefechtes geschehen. Daß auch die Ansicht vertretbar sei, eine solche Behauptung sei überhaupt keine Verleumdung, sondern eine berechtigte Kritik — das ist die der verhängnisvolle Vorläufer des Mitalmord-Gebahrens in diesen Schrecken des jüngsten Gerichts gänzlich vergessen zu haben. Verteidigt sich Herr Würtcher weiter so, dann ist wohl die Socialdemokratie eine Lauge für die Meinungsfreiheit der Dummheit einlegen müssen, die zu vertreten doch eigentlich die Sache der Angeklagten wäre.

Das Ende vom Lede. Im gemeinsam in den Tod zu gehen, haben sich der 20 Jahre alte Droguist Willy Wamberg und die 17jährige Arbeiterin Martha Schulz aus ihren Wohnungen entfernt. Beide sind Waisenkinder. Wamberg, der aus Hamburg stammt, bewohnte Kammerstr. 68 ein möbliertes Zimmer und war seit einem Jahre in einer großen Droguerie in der Wilmersdorferstraße beschäftigt, Martha Schulz arbeitete bei Siemens u. Halske in Charlottenburg und wohnte Vestaloystr. 78 in Schloßstraße. Der junge Mann lernte das Mädchen vor zwei Jahren kennen und machte einen großen Aufwand mit ihm. Er liebte sie und seine Geliebte auf das vornehmste und besuchte mit ihr die ersten Theater. Sein Prinzipal merkte schon längere Zeit, daß mit der Kasse etwas nicht in Ordnung sein mußte, sein Verdacht fiel aber erst auf Wamberg, als er durch andre Leute von dessen Aufwand erfuhr. Im Gewissheit zu erlangen, zeichnete er verdächtige Papiere, die in der Kasse lagen. Am nächsten Tage fand er mehrere dieser Stücke im Portemonnaie Wambergs. Dieser räumte ihm ein, daß er in dem ganzen Jahre, das er in der Droguerie angestellt war, jeden Mittag, wenn er sich allein in dem Geschäft befand, 12 bis 15 Mark, je nach der Höhe der Einnahme, aus der Kasse genommen habe. Der junge Mann wurde sofort entlassen und der Kriminalpolizei angezeigt. Bevor er jedoch festgenommen werden konnte, entfernte er sich mit seiner Geliebten, um gemeinsam mit ihr den Tod zu suchen. So wenigstens schrieben beide an den Prinzipal und die Salafwürter. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in der Wohnung Wambergs zwei Sparkassenbücher, eines auf ihn über 800 Mark und eines auf das Mädchen über 30 Mark. Jenes enthält der Droguist, da die Einlage aus entwandene Geld herrührt, dieses bezieht einstellweise die Kriminalpolizei. Zu seinem Brief an den Prinzipal, wo er um Verzeihung bat, verheißte der junge Mann, daß seine Geliebte die 30 Mark redlich erworben habe; er bitte daher, sie zur Ermüdung des gemeinsamen Grabes zu verwenden.

Durch die Flucht über die Dächer versuchte sich gestern nachmittags ein junger Thunischiger der Bestrafung zu entziehen. Der

18 Jahre alte Sohn Walter des Maurermeisters E. aus der Prenzlauerstraße entwendete am Sonnabend seinem Vater die Briefschlüssel mit 145 Mark, holte seinen Freund, den 16jährigen Lehrling Otto K., der bei seiner Großmutter in der Prenzlauerstraße wohnt, aus der Wohnung ab und ging mit ihm von einer Kneipe in die andre. Während K. am Sonnabend und Sonntagabend eingekerkert zu seiner Großmutter zurückkehrte, übernachtete Walter E. auf Döberstein. Am Sonntagmorgen wurde er von der Polizei verhaftet, und veranlaßte ihren Kassen, der Polizei mitzutheilen, was er von ihm wußte. Darauf lauerte man dem Verhafteten in der Prenzlauerstraße auf. Einem Bekannten seines Vaters gelang es gestern nachmittag, ihn abzufassen. Als er nun Schläge haben sollte, stieg er aus der eiterigen Wohnung durch eine leere Dachwohnung auf das Hausdach, so daß man die Feuerwehre rufen mußte, um ihn herabzubolen. Als der Vengel die Wehre anstehen sah, kam er freiwillig durch die leere Wohnung wieder zurück. Die Kettion, der er sich hatte entziehen wollen, fiel nach diesem Vorfall noch etwas kräftiger aus, um so mehr, als von dem Gelde nichts mehr vorhanden ist, nachdem E. sich auch noch einen Anzug gekauft hat.

Regulierte Uhren. Einen für Geschäftleute er beachtenswerten Bescheid hat der Eisenbahnminister heute auf Grund einer vom Deutschen Uhrmacher-Bund an das Ministerium gerichteten Anfrage gegeben. Seitens der deutschen, insbesondere der Berliner Uhrmacher wurde es unangenehm empfunden, daß die Preiszahl sämtlicher öffentlichen Uhren in gewissen Gebieten und selbst die Postuhren, welche täglich nach bestimmten telegraphisch nach allen Nummern durch bestimmte Zeichen reguliert werden, differieren. Die Ursachen dieser Differenz bei den Postuhren wird hervorgehoben dadurch, daß die Postuhren theils die Bestimmungen über die Feststellung der Zeitangabe nicht genau kennen, theils aber auch in der Aufgabe der Zeitangabe nicht sorgfältig genug vorgehen. Da den Uhrmachern aber die Feststellung der Zeit auf Sekunden dringend notwendig ist, so hatte sich, wie die „Deutsche Uhrmacher-Zeitung“ meldet, der Deutsche Uhrmacher-Bund mit einer Eingabe an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewandt wegen Uebermittlung der genauen Zeitangaben durch die Bahndirektion an die Uhrmacher. Hierauf ist unter dem 15. d. M. folgender Bescheid eingegangen:

Es findet sich nichts dagegen zu erinnern, die vom hiesigen Schlesischen Bahnhofsamt täglich morgens acht Uhr an allen Stationen der preussisch-bessischen Eisenbahnen übermittelte Zeitangabe (M. E. B.) auch Privaten durch besondere Einrichtungen außerhalb des Telegraphen-Zimmers kenntlich zu machen, wenn die Beschaffungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten dieser Einrichtungen erachtet werden.

Nach diesem Bescheid steht jedermann das Recht zu, gegen Erstattung der Anlage- und Unterhaltungskosten sich an die bis auf einen Bruchteil der Sekunden regulierten Bahn-Uhren anschließen zu lassen.

Einem Einbrecher, der am 1. September dingfest gemacht wurde, sind drei Billardhülle abgenommen worden, die ihren Eigentümer noch nicht wieder gefunden haben. Dieser wollte sich im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums melden. Die Hülle sind B. P. gezeichnet.

Mit 8000 Mark durchgebrannt ist der 26 Jahre alte, aus Ernt gebürtige Kaffeehändler Friedrich Eisenreich, der in einem Hotel ersten Ranges angestellt war. Der junge Mann unterhielt kostspielige Liebesverhältnisse mit mehreren Mädchen, entnahm schließlich der Hotelkassa 8000 Mark und suchte damit am Sonntagabend das Weite. Den Geldschrank ließ er offen stehen. Der flüchtige ist 1,76 Meter groß und schlank, tritt sehr elegant auf, hat blondes Haar und einen blonden Schnurrbart, trägt einen schwarzen Gilet-Anzug und einen Kniefer und spricht deutsch, französisch und englisch.

Die Zahl der im Strafverwehre Berlins im Monat September verurteilten Personen ist erfreulicherweise bedeutend zurückgegangen. Es wurden 7 Personen gestraft, gegen 12 im Vormonat, während die Zahl der Schwerverurteilten von 17 auf 15 zurückgegangen ist. Von den Verurteilten sind sechs Männer und ein zweijähriges Kind, welches von einem Geschäftsmann übersehen wurde. Ein Arbeiter fand auf der Stadtbahn seinen Tod, während ein Arbeiter unter den Häusern seines eignen Fahrwerks sein Leben aufgab. Durch die Straßenbahn wurden zwei Personen getötet. Von den 15 Schwerverurteilten, unter diesen zwei Kinder, hatten sich neun Personen unter den Häusern von Wier- und Wilmersdorfer Straßen und innere Verletzungen zugezogen, durch leichtere Verletzungen wurden zwei Personen verletzt. Von Straßenbahnwagen wurden drei Personen niedergestossen, während zwei Personen bei einem Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen schwer verletzt wurden.

Ein Fahrstuhl-Unglück ereignete sich gestern nachmittag 4 Uhr im Hause Lindenstr. 69, wo sich die Geschäftsräume eines Modells befinden. Während die Fahrstühle in den zu unserm Betriebe gehörenden Häusern bereits mit Sicherheit verkehren, fehlt eine solche noch in dem mit uns nicht in Verbindung stehenden Fahrstuhl des ersten Hofes. Als der 21 Jahre alte Walter Paul Sauer hier den Fahrstuhl austritt, stürzte er von der ersten Etage aus ins Portierere hinaus und erlitt eine leider nicht unerhebliche Verletzung des Rückenmarks. Der verunglückte junge Mann wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Auf Vergeßlichkeit der Berliner Polizei scheint ein Postpraktikant a. D. Heinrich Abel gerichtet zu haben, der gestern festgenommen wurde. Abel war nach Polen zu einer Werbung eingezogen worden. Auf der Einreise berührte er Berlin, das er sich einmal etwas ansehen wollte. Die Mittel verbrauchte er sich von einem ihm bekannten Studenten. Während dieser nicht zu Hause war, blieb er mit Einwilligung der Eltern in seiner Stube, bis es dunkel war und empfahl sich dann mit zwei Anzügen, die er falsch verlegte. Nach seiner Rückkehr aus Polen wollte er die Hände einwaschen, um sie dem Eigentümer wieder zuzustellen. Hierbei überreichte ihn die Polizei, die seinen früheren Besuch noch nicht vergessen hatte, und da sie an seine gute Arbeit nicht glaubte, so nahm sie ihn fest und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor.

Ueberraschen und gerührt wurde am Montagmittag die 55 Jahre alte Witwe Luise Simon geb. Wrede, die in der Silesienstr. 41 bei dem Eisenbahn-Personal in Stellung war. Gestern mittag wollte sie nach dem kranken Leben in der Silesienstr. 40 zum Essen gehen und vor diesem Hause den Fahrstamm überfahren. Hierbei wurde sie von einem leeren Müllwagen, der sehr schnell fuhr, umgefahren, überfahren und auf der Straße getötet. Ein Mad zermalmte der Unglücklichen den Schädel. Der Aufruhr folgte auf die Pferde ein und entfiel, ein Automobilfahrer aber holte ihn in der Eisenstraße zu Kreuzow ein und ließ ihn sechnehen. Es ist ein junger Kurier.

Der verkannte Dichter. Ein Selbstmordversuch wegen eines literarischen Mißerfolges wird im preussischen Viertel viel besprochen. Der bei seinen Eltern wohnende 24jährige Handlungsgehilfe Arthur L. verriet seit längerer Zeit schriftstellerische Neigungen. Er glaubte sich zum Nobilitäten berufen und vernachlässigte darüber seine Pflichten als Kommiss in einem großen Konfektionshause. Die Aufnahme einiger von seinen Schätzen in einem Dunkelkammer feigert seinen Diätetikerzerg zu Nagelose. Er schrieb eine größere Erzählung und fand sie voll autoritativ einer der ersten deutschen Reichszeiten zu. Natürlich wurde das unweise Madwerk „mit Dant“ abgelehnt. Nicht einmalig — war es doch auch andern großen Poeten ebenso ergangen — sandte L. sein Werk einer zweiten und, nach prompt erfolgter Ablehnung, auch einer dritten Zeitschrift zu. Da der dinstende Jüngere Kerker auch hier kein

Glück hatte, setzte die Kabelle ihre Rundreise fort. Bis sie zu einem Redacteur kam, der sich nicht mit der bloßen Ablehnung begnügte, sondern dem Verfasser in einem weniger höflichen, als deutlichen Briefe die erfolglose Fortsetzung seiner Studien in deutscher Grammatik und Neufassung empfahl. Der junge L. konnte diese Verlegung seiner Poetenehre nicht erwinden. Er griff zum Strid, um seinem Leben ein Ende zu machen. Da er sich aber glücklicherweise dabei ebenso ungeschickt anstellte, wie beim Abfassen seiner Werke, wurde er noch rechtzeitig bemerkt und gerettet. Hoffentlich dichtet er nie wieder.

Aus den Nachbarorten.

In Friedrichsfelde-Karlshorst hat der Saalbesitzer Kapfch (Restaurant zur Waldschänke) der Arbeiterkassette seinen Saal verweigert. Als Grund gab er an, daß die Karlshorster Bürger keine Arbeiterveranstaltungen mehr dulden wollten. Die Arbeiterkassette sieht sich besonders für Ausflüge das Verhalten des Wirtes einprägen.

Friedrichsfelde. Die hiesige Schule soll nach der jetzt erfolgten Pensionierung des Lehrers direkt der Kreis-Schulinspektion unterstellt werden. — Die Schulartzfrage sollte auf Verreiben der Regierung wieder in Fluß kommen. Voriges Jahr wurde die Anstellung eines Schularztes abgelehnt, weil — die Grundsteuer noch nicht eingeleitet sei. Als in der letzten Sitzung des Dorparlaments die Angelegenheit wieder vom Gemeindevorsteher vorgebracht wurde, hielten die Herren Vertreter sich zumeist in eifriger Schweigen. Auf eine Anfrage über die Höhe der Kosten konnte der Vorsteher keine Auskunft geben. Ein freisinnig schillernder Herr, Apotheker Roth, hat die Schulartzfrage mit der Werbung ab, daß sie eine Modefrage sei. Nach Anstellung solcher Ärzte würden die tragen Mütter sich gar nicht mehr um die Gesundheit ihrer Kinder kümmern. Nachdem die Herren Gemeindevorsteher diese Ausführungen mit Beifall belohnt hatten, verlagten sie folgerichtig die unangenehme Angelegenheit auf unbestimmte Zeit.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Kollfutscher und Begleiter vom Anhalter Bahnhof dauert ununterbrochen fort. Es gilt in diesem Kampfe, auch die Anerkennung der Organisation zu erreichen. Die Direktion machte wiederholt den Versuch, mit der Kommission der Richter zu verhandeln, lehnte es aber ab, einen Vertreter des Verbandes hinzuzuziehen. Die Richter bestanden jedoch darauf. Am Dienstag wurden durch Aufschlag an den Säulen Richter und Begleiter gefast, bisher haben sich aber solche nicht gemeldet.

Die Güterböden sind mit Kisten und Kollies überfüllt, die vorliegenden Kollieswagen stehen in langen Reihen hochbeladen auf dem Bahnhof, sie können aber ohne Kollies natürlich nicht befördert werden. Der Güterverkehr beginnt insgeheim bereits zu stoden. Die Situation ist für die Streikenden sehr günstig.

Der Bahnhof ist mit Siderreiterpolizei und besonders Geheimpolizei stark besetzt, doch haben diese nichts zu thun, da die Bewegung mit größter Ruhe und Besonnenheit geführt wird.

In einem mit Erlaubnisbeschein versehenen Jettelverteiler, welcher am Eingang des Bahnhofs Posto gefast hatte, äußerte sich ein „Geheimer“, er wäre bereit, daß man ihn mit einem Knüttel über das heilige Kreuz schlägt.

Der Geist unter den Streikenden ist ein guter und steht zu erwarten, daß der Streik mit einem Siege derselben enden wird.

Wir richten an die Kollfutscher und Mitfahrer Berlins das Ersuchen, die Solidarität hochzuhalten und kein Gut vom Anhalter Bahnhof abzurufen.

Die Urdoverwaltung Berlin I. des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verleumdungsarbeiter Deutschlands.

Im Streik der Bleigläser, Glasmacher und Messinggläser ist noch keine Veränderung eingetreten; doch hat der Vorsitzende des Arbeitgeber-Verbandes, Herr Köhlich, den Streikenden auf deren Anfrage schriftlich mitgeteilt, daß er in einer vielleicht am Sonnabend einzuberufenden Arbeiterversammlung zu gegenseitiger Aussprache geneigt sei. — Was die vom Vorstand der Arbeitgeber-Organisation in die „Morgenpost“ und den „Sozial-Anzeiger“ lancierte Annonce über den Streik anbetrifft, so bezeichnen die Streikenden den Inhalt derselben als durchweg unrichtig und darauf berechnet, die öffentliche Meinung irreführend zu machen. So ist — wie in einer Versammlung am Dienstag ausgeführt wurde — das angeblich gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer während der letzten beiden Jahre lediglich der Nachgiebigkeit und Besonnenheit der Arbeiter zuzuschreiben. Es ist nicht willkürlich von letzteren gestört worden, vielmehr haben sich die Verhältnisse erst infolge der wiederholten Drohungen seitens der Arbeitgeber so weit zugekehrt, daß es zum Streik kam. Hätte der Lohn 30—36 Mark betragen, wie es in der Annonce heißt, so bräuchten die Arbeiter doch nicht einen Lohnsatz zu fordern, der noch unter 36 Mark pro Woche bleibt, nämlich 62 Pfennig bei neunstündiger Arbeitszeit. Thatsache ist vielmehr, daß auch Löhne von nur 24 Mark gezahlt worden sind. Unwahr ist ebenfalls der Vorwurf über den „gut funktionierenden“ Arbeitsnachweis der Unternehmer, den die Arbeiter mit einem Male „nicht mehr“ anerkennen wollen. Diesen Arbeitsnachweis haben die Arbeiter überhaupt noch nicht anerkannt, denn seit drei Jahren haben sie ihren eignen Nachweis, durch den sie 34 Arbeiter vermittelt haben in demselben Zeitraum, wo die Arbeitgeber nur 38 Arbeiter zu vermitteln im stande waren. Die Arbeitgeber haben im Gegentheil früher den Nachweis der Arbeiterorganisation anerkannt und zwar so lange, bis sich kürzlich die neuen Sozialversicherungsbedingungen in ihren Reihen Bahn brachen. Da sollten die Arbeiter möglich ihren Nachweis aufgeben, und das konnten sie sich nicht gefallen lassen. Wenn weiter auf die „immerwährende leichte Beschäftigung“ in dem „blühenden Kunstgewerbe“ hingewiesen ist, so ist dem entgegengehalten, daß eine Reihe von Kollegen 6, 8 und 12 Wochen lang arbeitslos gewesen sind. Wählt das Gewerbe aber wirklich so sehr, um dann können die Arbeitgeber auch die geforderten paar Pfennige Lohnzulage gewähren, und das um so mehr, als die Arbeiter bei der „leichten“ Arbeit nur ein Durchschnittsalter von gut 30 Jahren erreichen.

Erfreulich ist, daß trotz aller großen Versprechungen der Arbeitgeber in auswärtigen Blättern der Zugzug von brauchbaren Arbeitkräften fast gänzlich ferngehalten werden konnte. Dieser Umstand bürgt auch für eine endliche Verständigung.

Achtung Tischner, Gasantriebs-Sattler. Der Streik in der Lederwaren-Fabrik von Delar Läger, Alexandrinenstr. 98/94, ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Lohnkommission.

Karlsruher Arbeiter und Arbeiterinnen. Zugzug von der Firma M. Beck, Silesienstr. 50, wegen ausgebrochener Differenzen ferngehalten. Speziell Karlsruher Arbeiter und Arbeiterinnen wollen die Warnung beachten. Die Urdoverwaltung des deutschen Buchbinder-Verbandes.

Die Vergolder Berlins nahmen in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung am Montag Stellung zu einem von den Großfabrikanten erlassenen Schriftstück, welches den Zwischenmeistern verbietet, in Lohn arbeiten zu lassen. Mit den Accordpreisen, welche die Zwischenmeister zahlen, können die Vergolder nicht existieren. Es wurde deshalb beschlossen, in den Ausschreitungen zu treten und sämtliche Zwischenmeister, welche nicht Lohn zahlen, zu sperren. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute am 29. September 1902 in den Kramhallen tagende außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Vergolder Berlins und Umgegend beschließt, bei

fünftlichen Zwischenmeistern, welche nicht Lohn zahlen, die Arbeit niedrigerlegen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis das Lohnsystem bei allen Zwischenmeistern durchgedrückt ist. Die Versammlung verpflichtet sich, die Streikenden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen."

### Sociales.

Etwas von der Schulpflicht.

Ein Herr Morzeff hatte seinen Sohn von dem Tage ab, wo er 14 Jahre alt geworden war, nicht mehr in die Volksschule geschickt. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt. Er legte Berufung ein und betonte, daß er der Meinung gewesen sei, die Schulpflicht sei mit der Vollendung des 14. Lebensjahres beendet. Das Landgericht wies indessen die Berufung zurück, indem es davon ausging, daß der Junge bis zur ordnungsmäßigen Entlassung hätte zur Schule gehen müssen. Der irtige Glaube an ein Recht, ihn mit Vollendung des vierzehnten Lebensjahres hinauszunehmen zu dürfen, befreie den Vater nicht von der Strafbarkeit.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob die Entscheidung auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Objektiv habe man es hier allerdings mit einer unentschuldigsten Schulverweigerung zu thun, da die Schulpflicht im Gebiete des Allgemeinen Preussischen Landrechts nicht mit der Vollendung des 14. Lebensjahres ende, sondern nach § 46 II 12 des Allgemeinen

Landrechts erst auf Erreichung der für einen vernünftigen Menschen erforderlichen Kenntnisse und Reife, über deren Vorhandensein heute der Schulinspektor zu entscheiden habe. Wenn aber wirklich der Angeklagte anderer Meinung gewesen sei, dann wäre das ein Verstoß über Normen des öffentlichen Rechts, so daß § 59 des Strafgesetzbuches zu beachten sei. Darin werde bestimmt: „Wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Thatumständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Tatbestand gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen. Bei Bestrafung nur infolgedessen begangener Handlungen gilt diese Bestimmung nur insoweit, als die Unkenntnis selbst nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet ist.“ Das Landgericht habe somit nachzuprüfen, ob der Angeklagte nicht seinen Verstoß selber durch Fahrlässigkeit verschuldet habe. In diesem Fall wäre er zu verurteilen, im andern freizusprechen.

Für Eltern ist hierbei die Feststellung wichtig, daß sie nicht bestraft sind, im Gebiete des Preussischen Landrechts ihre Kinder vom vollendeten vierzehnten Lebensjahre an ohne weiteres vom Schulbesuche zurückzuhalten.

### Die Unfallversicherung in Dänemark 1901.

Der Arbeiter-Versicherungsrat hat dieser Tage seinen Bericht über das Jahr 1901 herausgegeben. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 2258 Unfälle gemeldet. Bei einem Teil davon stellte es sich sofort heraus, daß kein Anspruch auf Entschädigung gemacht werden konnte, und eine große Anzahl Unfälle hatten nur vor-

übergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. In 860 Fällen hatte der Versicherungsrat wegen Tod oder Invalidität als Folge des Unfalles über Erstattungsfordernngen zu entscheiden. Der Arbeiter-Versicherungsrat, dem als Vertreter der Arbeiter die Genossen A. Gustafsen und C. Christensen, und außerdem zwei Vertreter der Arbeitgeber und fünf Personen, die außerhalb der beiden Parteien stehen, angehören, hat danach gestrebt, dem Gesetz eine so humane und gerechte Auslegung wie möglich zu geben und z. B. die Erstattungsfordernngen auch in einer Anzahl von Fällen anerkannt, wo der Arbeiter verunglückt, ehe er mit seiner Arbeit begonnen hatte, oder in einem Augenblick, wo er nicht beschäftigt war. Das Gesetz bestimmt, daß, wenn der Unfall vorzüglich oder durch grobe Unachtsamkeit herbeigeführt wurde, die Versicherung nicht in Kraft tritt. Der Versicherungsrat hat nicht in einem einzigen Fall hinreichend Veranlassung gefunden, diese Bestimmung anzuwenden, obgleich die Arbeitgeber sich in vielen Fällen eifrig bemühten, dem Getöteten oder Verunglückten grobe Unachtsamkeit nachzuweisen und sich an das Ministerium um Überweisung der Erstattungsfordernngen wandten. Das Ministerium schloß sich in allen Fällen der Entscheidung des Versicherungsrates an.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. Oktober 1902.**  
Teilweise neblig, sonst meist heiter und trocken. Nachts kühl, am Tage mild bei schwachen östlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, 1. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyrenhaus.** Samson und Dalila. Schauspielhaus. Die Räuber.  
**Neues Cyren-Theater (Kroll).** Rebecka.  
**Deutsches.** Frankfurt. Berliner. Alt-Heidelberg. Fessing. Die Kleinbürger. Wefen. Die Brautlosterie. Neues. Ledige Leute.  
**Reizend.** Der Fall Mathien. (L'affaire Mathieu.) Vorher: Ach liebe Sie.  
**Thalia.** Er und seine Schwester. Central. Die ledige Frau.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller. O. (Wallner-Theater.)** Der Arzt. Hierauf: Der Arzt wider Willen.  
**Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)** Doktor Klaus.  
**Garl Weik.** Eine Paria.  
**Luisen.** Robert und Gertram.  
**Casino.** Corradini.  
**Kleines.** Scenarium.  
**Apollo.** Kastrata. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Buntes Theater.** Die Enthüllung des Heine-Denkmal. Der Hund. Dunter Teil.  
**Metropol.** Berlin bleibt Berlin.  
**Trionon.** Die Liebeshaudel. (La Bascule.)  
**Wilhelm.** Das Rädel ohne Geld.  
**Palast.** Im Wartesaal erster Klasse. Berliner in Steglitz.  
**Steidl.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Tausend Jahre deutscher Kultur.  
**Invalidenstrasse 57/62.** Täglich: Sternwarte.

### Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Tausend Jahre deutscher Kultur.**  
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
**Die deutsche Ostseeküste.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Die sensationellen lebenden Bilder, dargestellt v. 6 jungen Damen.  
**Kirchmeiers Berliner Original-Schrammeln.**

**Passage-Theater.**  
Aufgang nur Unter den Linden 22.  
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr.  
**Mellinis dunkles Geheimnis. Czita**  
die wunderbare Geigerin.  
14 neue erstkl. Nummern.

**Cirkus Schumann**  
Karlstrasse. Cirkus Renz-Gebäude.  
Heute, Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
Große anherord. Vorstellung  
**25 Gerettete**  
von der Insel Martinique.  
Direktor Albert Schumanns neueste Creation. Die phänomenale Drahtkletterin Mlle. Annette Jee. Die zehn Genies Truppe Alonso Bracco (beste Springer).

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Sinakter-Abend.**  
Schiffbrüchig, Liebesträume, Kollegen.

**Buntes Theater.**  
(Ueberröthel.)  
Rödenickerstrasse 38.  
Anfang 8 Uhr.  
Die Enthüllung des Heine-Denkmal. Von Alex. Roszkowski. — Der Hund. Von Reiner. Dunter Teil. Leitung: Oskar Straus. Tiny Senders a. G. Bozena Bradsky. Marcell Salzer. Bokken-Lasson.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Novität! Anfang 7 1/2 Uhr. Novität!  
**Er und seine Schwester.**  
Woffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Guido Thielscher als Erster-Darsteller. — Der zweite Akt: Nibel-Complet. Gerda Walde. Fritz Helmending. Herbert Paulmüller. August Reiff. Morgen und folgende Tage: Er und seine Schwester. Sonntagabend 8 Uhr bei kleinen Preisen: „Der Pfarrer von Kirchfeld“.

**Casino-Theater**  
Lehringergasse 37.  
**Neu! Corradini etc.**  
Dazu einige Male: „Drei Familien“ mit W. Richter und G. Berg. Anfangs Wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr. In Vorbereitung: „Ein Sohn des Volkes“.

**Luisen-Theater.**  
Robert und Gertram oder Die lustigen Jagabonden.  
Woffe m. Gesang u. Tanz von G. Kaeder. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 10-2. Rasse Invaliden- u. Künstlerband. Morgen: **Marie-Anne.** Freitag: **Robert u. Bertram.** Sonnabend, zum 1. Male: **Berlin, wie es weint und lacht.**

**Apollo-Theater.**  
Neues Spezialitäten-Programm.  
Miss Esdaile. Elliotts. Die vier Australierinnen. 3 Nightons. Savonnas. Damm brothers etc. etc. Zum 184. Male:  
**Lysistrata.**  
Operette in 2 Akten von Paul Vinde. Das Lustballett „Grigolatis“: Carola, Steidl, Rieck, Kettner, Krücherl, Lieban, Perry, Runge, Malkowska, Herold etc.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
Heute:  
**Berlin bleibt Berlin.**  
Grosse Ausstattung-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Erik Meyer-Helmund.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Sidig. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

### Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Der Tartar.**  
Lustspiel von Voltaire. Frei übersetzt von Ludwig Julda.  
Hierauf:  
**Der Arzt wider Willen.**  
Schauspiel von Moliere. Deutsch von G. E. Bierling.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**  
**Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)**  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**  
Lustspiel in 5 Akten von Adolph L'Herange.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

**Dichter- und Komponisten-Abende**  
am 1. und 3. Sonntag jeden Monats, abends 8 Uhr, in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Dorotheenstr. 13/14.  
Eröffnung:  
**Sonntag, den 5. Oktober: Fontane-Abend.**  
Mitwirkende: Alwine Wiecke, Hjalmar Arberg, Philipp Spandow u. a.  
Billets a 50 Pf. inkl. Garderobe und Programm in den Buchhandlungen Kantorowicz, Potsdamerstr. 135; Freund, Kleiststrasse 21; Challiers Musikhandlung (A. Bock), Beuthstr. 10; Winkelmanns Buchhandlung und Lehrmittel-Anstalt, Markgrafstr. 43/44; L. Herrmann u. Co., Neue Promenade 5.  
Veranstalter: Volkstüm. Abteilung der Lessing-Gesellschaft.

**Central-Theater**  
Mittwoch, den 1. Oktober 1902:  
**Eröffnung der Operetten-Winter-Saison.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 3. Male:  
**Die ledige Frau.** Operette in einem Vorspiel und 3 Akten von Josef Siegmund und Jul. Wilhelm. Musik von Richard Heller. Donnerstag: **Die ledige Frau.** Freitag: **Erphens in der Unterwelt.** Abonnement-Billets gültig. Für die Freitags-Vorstellungen sind je 5 Bonds zu halben Kassenpreisen täglich an der Kasse zu haben.

**Theater Marienbad**  
Badr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Dir. R. Wagner.  
Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7 Uhr:  
Zum drittenmal:  
**Die Jagd**  
nach dem Schwiegervater.  
Woffe in 3 Akten von Starck. Entree 10, reiner 20, num. 30 Pf. Raub und während der Abendvorstellung:  
**Grosser Ball.**

**Palast-Theater**  
früher Foen-Palast, Varnstrasse 22.  
Das phänomenale Oktober.  
8 1/2 Uhr. Programm. 8 1/2 Uhr.  
**Im Wartesaal 1. Klasse.**  
Baron v. Wallbach. Dir. R. Winkler.  
9 1/2 Uhr. Neu! 9 1/2 Uhr.  
**Berliner in Steglitz.**  
Gr. Lustspiel-Burleske u. Oct. u. Tanz. Dazu durchaus neue Schau- und Kunstnummern. Hue u. Mar mit ihr. Sensationsakt. Gensdottel, einzig dastehend. Will u. Rosita Sands, ganz neu. Leichtes Blut. Demer-Entenblut 6 Berl. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tagesspille 11-1 1/2 Uhr.  
  
Wojek, Pietro, Steidl, Wozzeck, Strone, Böhm, Wollmann, Wittmer u. c.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Vorstellung **Tanzkränzchen.**  
Entree: Sonntags 50 Pf., Ebersich 75 Pf., ab 9 Uhr 30 Pf. Wochentags 30 Pf. Ebersich 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Arnold Scholz Germania-Prachtsäle Chausseestr. 108.**  
Jeden Mittwoch und Sonntag:  
**Hamburger Sänger.**  
Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff. Anf. 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf. Jeden Donnerstag:  
**Bergter-Konzert** und Familien-Kränzchen.  
Jeden Sonntag von 5 Uhr an:  
**Großer Ball.**  
8 große und kleine Säle unter coulantem Bedingungen zu vergeben.

**Cirkus Busch**  
Bahnhof Börse.  
**Eröffnungs-Gala-Abend**  
Sonnabend, den 4. Oktober cr., abends 7 1/2 Uhr.  
Sonntag, den 5. Oktober: 40/4\*  
**Zwei grosse Vorstellungen**  
Nachmittags 4 Uhr. Abends 7 1/2 Uhr.  
Ab Donnerstag, den 2. Oktober cr.: Kassen-Eröffnung.  
Paul Busch, königl. Preuss. Kommissionsrat.

**Alle Damen und Herren**  
die an den Tagen vom  
**12. Oktober bis Geburtstag**  
7. November  
haben, werden behufs Entgegennahme einer Mittheilung gebeten, per Postkarte ihre genaue Adresse mit dem Geburtstag unter Chiffre **L. P. 444** an den Verlag der Zeitschrift „**Frauenschnheit**“ Berlin W. 30 zur Weiterbeförderung zu senden.

Die einzig dastehenden  
**Fielitz-Briquetts**  
(allererste Marke des ganzen Zeuzenberger, Kettwäher, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Bezirks) in kleine Stücke geschlagen, ergeben durch ihre grobhartige Geizkraft vollständig die Zeuzenlothe und abertausen durch ihre langhaltende Glut den Coaks um's Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.  
Billigste Bezugsquelle  
**Edmund Beese, Comptoir Schwedterstr. 43.**  
Filialen für den Kleinverkauf:  
Anklamerstrasse 23. Putzuserstr. 17.  
Anklamerstrasse 51. Rheinsbergerstr. 27.  
Chorinerstrasse 68. (Inhaber: C. Haberland.)  
Dragonerstrasse 6a. Schlemmerstrasse 42.  
Dunkerstrasse 89. Stargarderstrasse 57.  
Fehrbellinerstrasse 18. Strausunderstrasse 14.  
Griebbenowstrasse 20. Weinmünderstr. 81.  
Oderbergerstrasse 51. Weissenburgerstr. 34.  
Pappel-Allee 27. (Inhaber: E. Röhl.)  
(Inhaber: A. Böhm.) 48522\*

**Bernhard Rose-Theater,**  
Badr. 58.  
Heute: **Jägerliebden,**  
Gr. Woffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Leo Reptsom. Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstrasse 236.  
Zum 5. Male:  
**Das Hädel ohne Geld!**  
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 6 Bildern. Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Morgen:  
**Das Hädel ohne Geld.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Wintergarten**  
Grissus aus Dubois. Excentrics. Duncan's dress. schott. Schifferhunde. Robinson-Baker-Trio, Hochspringer. Elias de Vere. Soubrette. LosFloridos, Spanische Tasterinnen. Die 2 Freydos. „Professor u. Schüler“. Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer. Sisters Carey's dressierte Papageien. Humorist. Carl Maxstadt, Parisier. Etiane de Vries, Soubrette. Kara, Meister-Jongleur. Angèle VanZoo, Sängerin v. kgl. Theater, Brüssel. Cléo de Mérode, Tänzerin von der Gr. Oper 1. Paris. „Biograph“.



